

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Donnerstag,

31. Juli 1879.

Inserate

auf die Expedition in  
Leipzig zu haben.

Inseritionsgebühr

für die Spaltenzeile 20 Pf.  
unter Eingangs 20 Pf.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz»

## Telegraphische Depeschen.

\* **Gastein.**, 29. Juli. Der Kaiser ist im besten Wohlbefinden; er nimmt regelmäßig die Vorträge des Militär- und Civilcabinets sowie des Gehe. Regierungsraths Bülow entgegen. Die Bäder, Promenaden und Ausflüchte seit der Kaiser regelmäßig fort. Wegen Ablebens des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin sind heute keine Einladungen zur Tafel eingegangen. (Biederholt.)

\* **München.**, 29. Juli. Die Kammer der Abgeordneten ertheilte heute ihre Genehmigung dazu, daß in den Art. 1 des Eisenbahngesetzes die Linien: Achleiten-Schwaben, Erding-Landshut, Neustadt-Bischofshofen, Bruckau-Fossa, Gemunden-Hammelburg, Hof-Kaindl mit einer Fortsetzung bis Schöblach, Hirschbach-Feuchtwangen, Domühl-Rottenburg, Steinach-Windsheim, Neustadt a. A.-Forchheim-Bamberg, Kelheim-Georgsmühl eingestellt werden. Die Linien Kelheim-Pleinfeld und Neustadt a. A. mit Anschluß an die Bamberg-Forchheimer Bahn wurde abgelehnt.

\* **Baden-Baden.**, 29. Juli. Großfürst Michael von Ruhland und dessen Sohn, der Großfürst Nikolaus, haben Baden-Baden heute verlassen und die Rückreise nach Tiflis über Wien angetreten.

\* **Salzburg.**, 28. Juli. An dem hier heute zu Ehren der Mitglieder des Eisenbahntages veranstalteten Festbanket und Gartenfest nahmen auch der Statthalter Graf Thun sowie viele Mitglieder der Militär- und Civilbehörden teil. Hofrat Groß eröffnete die Reihe der Toaste mit einem Hoch auf die Monarchen der heiligenen Staaten.

\* **Salzburg.**, 29. Juli. Von dem hier versammelten Eisenbahntage wurden in die verstärkte Berghüttentencomission die Vertreter der Nordbahn, der Südbahn, der Pilsen-Priesener, der Mühlischen Bartscher, der Raabau-Oberberger, der Litsch-Intersburger, der Weimar-Geraer und der Rheinischen Bahn sowie der Württembergischen und niederländischen Staatsbahnen gewählt.

\* **Budapest.**, 29. Juli. Der Posten Correspondenz zufolge stellten sich im zweiten Quartal d. J. die Staatseinnahmen 3,506042 M. höher und die Staatsausgaben 753516 M. geringer als in dem gleichen Zeitraume des Jahres 1878. Die gesammte Mehrerlöse für das erste Halbjahr 1879 betrug 5,321219 M. und die gesammte Mehrausgabe 4,018388 M. im Vergleich zu den Einnahmen und Ausgaben in dem ersten Halbjahr 1878. Die Mehrausgabe ist durch die Zunahme des Erfordernisses an Zinsen für die Ungarische Goldrente verursacht worden.

\* **Rom.**, 28. Juli. Senat: Ministerpräsident Cattoli erklärte auf mehrere an die Regierung gerichtete Interpellationen, das Ministerium werde dieselbe auswärtige Politik beobachten, die von dem früheren Ministerium beobachtet worden sei, nämlich die Erhaltung

des Friedens und die Ausführung der Verträge, speziell die Ausführung von Art. 24 des Berliner Vertrages. Mit besonderer Wärme sprach sich Cattoli für Griechenland und Rumänien aus, die Anerkennung von Rumäniens Selbständigkeit werde erfolgen, sobald in Rumänien die Religionsfrage geordnet sei. Dass die in Ägypten befindlichen Italiener den Schutz der fremden Mächte angerufen hätten, sei unrichtig. Italien werde auch ferner eine verschämliche, aber feste Politik beobachten. Der Senat genehmigte hierauf das Budget, die Münzconvention und die Verlängerung der Handelsverträge.

\* **Rom.**, 29. Juli. Die Polizei confiszierte in einer hiesigen Druckerei viele Abdrücke eines republikanischen Programms, das zur Theilnahme an einer demokratischen Bewegung auffordert. Es sind mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

\* **Rom.**, 29. Juli. Die Agencia Stefani will wissen, der frühere Nuntius in Brasilien, Roncetti, sei an Stelle Masella's zum Nuntius in München ernannt.

\* **Bukarest.**, 29. Juli. Das Journal Pressa fordert die Israeliten auf, Gesuche um Erteilung des Indigenats sofort an die Kammer zu richten. Die Kammer werde unzweifelhaft unmittelbar nach erfolgter Aufhebung des Art. 7 der Verfassung die Gesuche prüfen und dadurch Europa die Lokalität ihrer Absichten und den ernsten Charakter ihrer Beschlüsse beweisen.

\* **Wien.**, 29. Juli. Meldung der Politischen Correspondenz aus Belgrad: „Die europäische Commission zur Bestimmung der Grenzlinie zwischen Serbien und der Türkei hat ihre Arbeiten beendet. Als geeignete Vertheidigungslinie gegen die Einfälle der Osmanen wurden Serbien 12 Dörfer zwischen Banja und Kutschumlia zugesprochen. Die Commission verbleibt in Belgrad bis zur Ratifikation der von ihr beschlossenen Grenzbestimmungen.“

\* **New York.**, 28. Juli. In Memphis sind drei neue Extraktions, aber keine weiteren Sterbefälle am Gelben Fieber vorgekommen. Aus New Orleans wird ein Fall des Gelben Fiebers gemeldet.

## Der Pessimismus.

— Leipzig, 30. Juli. Die Berliner National-Liberale Correspondenz warnt jetzt selbst vor dem in weitesten Kreisen eingetretenden Pessimismus, den sie freilich erst, wie nicht zu leugnen, teilweise mit hat fördern helfen, da sie alles schwarz in schwarz malte, eine allgemeine Reaction schon hereinbrechen sah, das Bildnis des Reichskanzlers mit dem Centrum sammelte allen möglichen Consequenzen derselben für etwas Unabänderliches erklärte etc. Heute meint sie, diese Allianz sei doch wol ihrer Dauer noch gar nicht so sicher; über den Fortgang der Verhandlungen mit der Kurie herrsche eine bedenkliche Stille; es sei daher nicht un-

Nikolaus die 6. Cavaleriedivision: Bienville-Mars-la-Tour, Laon, die Garnitur von Paris, Saint-Amand-le-Vieux; das Eisene Krenz 2. und 1. Klasse bezeichneten dieses Kriegsjahr. Bei der Besetzung Laon am 9. Sept. erlitt der Herzog eine erhebliche Contusion, als er an der Spitze der Truppen nach Abschluß der Capitulation in die Citadelle eintrat, deren Pulvermagazin von französischer Seite verrätherischerweise in die Luft gesprengt wurde. Herzog Wilhelm wurde am rechten Oberschenkel getroffen; die Kugel hatte auf dem dort hervorhängenden Harnische abgesetzt und den Schenkel blutig geschlagen; die Contusion, welche durch umhergeschlagene Steine noch stärker geworden, schwoll damals stark an und unterließ die Blut, sodass der Herzog über acht Tage am Reiten behindert war und auch zum Gehren den Stock gebrauchen musste. Am 26. Juli 1870 war der Herzog Generalleutnant geworden; vom März 1872 bis zum November 1873 führte er die 22. Division; dann trat der Herzog zu den Offizieren von der Armee über und wurde am 22. März 1875 General der Cavalerie. Am 9. Dec. 1865 hatte sich Herzog Wilhelm zu Berlin mit der Prinzessin Alexandrine, Tochter des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, vermählt; das einzige Kind dieser Ehe ist die Herzogin Charlotte, welche am 7. Nov. 1868 in Schloss Bellevue bei Berlin geboren wurde.

## Nach dem Nordpol!

Aus New York kommt folgende interessante Mittheilung:

möglich, daß der alte Gegensatz zwischen Bismarck und dem Centrum wieder in den Vordergrund trete etc.

Die National-Liberale Correspondenz gibt also hiermit nachträglich denen recht, welche, wie unter andern wir, gleich anfangs warten, man möge nicht voreilig über Reaction schreien, nicht voreilig entweder alles verloren geben oder sich in eine hoffige Opposition hineinreden. Damals hat man uns von ebenjener Stelle aus, nur weil wir in dieser Weise ruhiger und besonnener verfahren, förmlich excommunicirt, das Abfall von der Partei beglaubigt; jetzt sucht man selbst wieder „abzuwiegeln“, nachdem man erst die Genüthter aufs höchste erregt und, wie schon gesagt, dem Pessimismus Nahrung gegeben hat.

Ob diese nachträgliche Abwiegelung ihren Zweck erreichen wird, ist fraglich; wir wollen es wünschen. Aber wir möchten doch bei dieser Gelegenheit die National-Liberale Correspondenz und andere Organe der gleichen Richtung darauf aufmerksam machen, daß sie besser thätten, künftig von vornherein etwas nicht ruhiges Blut zu bewahren. Es ist nun schon das zweite mal (das erste mal war im Sommer 1878), daß sie folgerichtig erst sich zu weit vorwagte und dann genügt war, ihre eigenen Schlag- und Lösungsworte teilweise zurückzunehmen!

## Der neue Zolltarif und das „Aversum“.

— Leipzig, 30. Juli. Ein steigeriger Leser unserer Zeitung, der aber zugleich mit selbständiger aufmerksamer Blick die Zeitercheinungen verfolgt, unterkreist uns nachstehende Betrachtungen über einen umstritten wichtigen Nebenpunkt bei der neusten Zoll- und Finanzreform im Reiche. Er schreibt:

Das Aversum der außerhalb der Zollgrenze liegenden Bundesgebiete (der beiden Hansestädte Hamburg und Bremen mit ihren Gebieten und einiger kleinen abweiteren Exklaven), d. h. der Beitrag, den diese Gebiete zur Reichsfinn. bis zur Stelle der aus den andern Bundesländern in Form von Zöllen und Verbrauchssteuern beruhenden zuständigen Gelder zahlen, beträgt dieser Jahr 3,560000 M. Die Gesamtsumme der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern, denen dieses Aversum gegenübersteht, ist für das Jahr 1879/80 im Reichshaushaltsetat angelegt mit 104.405040 M. Das Aversum repräsentiert also 3,41 oder nahezu 3 1/4 Proc. der Einnahmen von Zöllen und Verbrauchssteuern innerhalb der Zollgrenzen. Wie wird es nun, wenn jene Gesamtsumme sich so bedeutend steigert, wie das nach den neuen Zoll- und Finanzgesetzen sehr wahrscheinlich ist, auf was mehr als das Doppelte? Muß denn da nicht auch jenes Aversum der Hansestädte etc. sich um ebenso viel steigern? Zumal, da das zu erhörende Mehr an die Einzelstaaten — also auch an die Hansestädte — vertheilt werden soll, um von ihnen in Form der Matricularbeiträge ans Reich zurückzustellen zu werden? Man hat schon bisher darüber, daß „100000 reiche Hamburger nicht mehr Matricularbeiträge zahlen als 100000 arme Bewohner des Elbingerwaldes“, als über eine Ungleichheit geklagt; ja es ist das wesentlich mit als ein Grund für die Beschaffung ausgiebiger Selbststeinnahmen des Reiches getreten gemacht worden. Wenn nun vollends die Hanse-

„Das lange vorbereitete Unternehmen ist endlich in Wirklichkeit getreten: das vom New-York Herald ausgerüstete Schiff Jeannette, welchem die Aufgabe gestellt worden ist, den Nordpol zu entdecken, hat am 8. Juli den Hafen von San-Francisco verlassen. Es mag eine Reise sein, von welcher niemand wiederkehrt, und aus diesem Grunde war denn auch der Abschied ein großartiger, an welchem die ganze Stadt den gewaltigsten Anteil nahm. Mehrere Tage lang hatte es heftig gestürmt; am 8. Juli schien die Sonne auf den berührend schönen Hafen von San-Francisco vom blauen Himmel herab und mehr als 20000 Menschen lärmten die Ufer, um einen letzten Blick auf das stolze Schiff und seine tapfere Besatzung zu werfen, welche sich das Wort gegeben hatte, im Dienste der Wissenschaft hinauszugehen in eine im glänzendsten Halle schwere, sorgenbedrückte Zukunft. Um das Schiff herum tummelten sich kleine Schleppdampfer, schnellfahrende Segler, Ruderboote, alle gefüllt mit Freunden der Seefahrt und ihres Unternehmens. Das Hauptinteresse aber konzentrierte sich auf den Kapitän der Jeannette, George W. de Long, Lieutenant in der amerikanischen Marine, welcher von der Regierung zu Washington Urlaub für diese Reise erhalten hat, und auf seine Frau, ein bishendes Weib, welches, erfüllt von der großen ihrem Manne zugeschriebenen Mission, ohne Zuden und ohne Baggen sich von ihm in herzlicher Umarmung trennte, während aus Tausenden von Kehlen Abschiedsgesänge erschallten und die Kanonen donnerten. Außer dem Kapitän besteht das Offiziercorps aus drei Seeleuten, ferner befindet sich an Bord ein Naturhistoriker, ein Meteorolog und ein Correspondent des New-York

## Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin †.

Der am 28. Juli in Heidelberg verschiedene Herzog Wilhelm Nikolaus von Mecklenburg-Schwerin war der einzige Bruder des regierenden Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, der zweite Sohn des 1842 verstorbenen Großherzogs Paul Friedrich und seiner Gemahlin, der Frau Großherzogin-Mutter, Schwester des Deutschen Kaisers, dessen Nichte der verstorbene Herzog demnach gewesen ist. Herzog Wilhelm war am 5. März 1827 zu Ludwigslust geboren. Er trat am 2. Februar 1847 als aggregirter Premierlieutenant zum preußischen Regiment der Gardes-du-Corps, wurde in den nächsten Jahren Rittmeister und Escadronchef und 1853 Major; in dieser Thürge trat er bald zum Garde-Kürassierregiment über. Im Jahre 1856 schied Herzog Wilhelm für einige Jahre aus dem preußischen Militärdienste, in welchen er am 31. Jan. 1859 als Major à la suite des 11. Husarenregiments wieder eintrat. Nach der Demobilisierung jenes Jahres wurde der Herzog zum Commandeur des 6. Kürassierregiments ernannt, das er schon während der Mobilisierung befähigt hatte; dieses führte er im Feldzuge gegen Dänemark, wo er die Schwerter zum Roten Adlerorden erwarb. Noch 1864 erhielt der Herzog die 8. Cavaleriebrigade, dann die 6., wurde 1865 Generalmajor und machte als solcher 1866 den Krieg gegen Österreich mit als Commandeur der 2. leichten Cavaleriebrigade im Cavaleriecorps der 1. Armee; für den Tag von Königgrätz wurde dem Herzog der Orden pour le mérite zuteil.

Im Jahre 1870/71 führte Herzog Wilhelm

Nähte aus den so bedeutend gestiegenen Einnahmen des Reiches an Zöllen und Verbrauchssteuern, zu denen sie, weil außerhalb der Zolllinie gelegen, nichts beitragen, einen umfangreichen Anteil erhielten und dafür nur nach wie vor dieselben Matrikularbeiträge (nach der Kopfzahl) leisteten, so würde das Misverhältnis ein um so grübleres sein. Sonderbarweise ist weder in den Zollvorträgen noch in den Verhandlungen des Reichstages über diese jenes Aversums Erwähnung geschehen.

Unser Herr Abonent hat recht. Wir betrachten es aber als selbstverständlich, daß das Aversum in gleicher Weise erhöht wird wie die Zölle und Verbrauchssteuern innerhalb der Zolllinie. Dies trifft nicht die Salz- und die Rübenzuckersteuer, zur Zeit auch nicht die Brau- und Brauntweinsteuern, wohl aber die Zölle und die Tabaksteuer.

Die Berechnung dieses Aversums geschah bisher so, daß 1) die auf den Kopf der Bevölkerung innerhalb der Zolllinie fallende Quote an Zölle und Verbrauchssteuern gleichmäßig auf den Kopf der Bevölkerung jener außenstehenden Gebietstheile repartirt ward, gleich als ob diese dieselben Zölle und Verbrauchssteuern gezahlt hätten; 2) dazu noch 3 M. (1 Thlr.) pro Kopf hinzugerechnet ward, weil die Bevölkerung gerade dieser Gebietstheile (der hanseatischen) relativ besonders wohlhabend ist, also vorausgleich so viel mehr zoll- und steuerpflichtige Artikel consumiren würde. Ganz nach demselben Maßstabe wird jedenfalls jetzt wieder das Aversum für die erhöhten Zölle und Steuern berechnet werden, wobei die Hansestädte insofern immer noch gut wegkommen, als bei den bisherigen Zolleinnahmen der Zuschlag von 3 M. nahezu dem Betrage entsprach, der auf den Kopf innerhalb der Zolllinie entfiel, sodass die hanseatische Bevölkerung etwa das Doppelte dieses Betrages entrichtete. Künftig wird auf den Kopf ungleich mehr entfallen, und streng genommen müsste daher auch der Zuschlag für das Aversum erhöht werden, denn wahrscheinlich werden auch von diesen höher versteuerten Artikeln (wie Kaffee, Tabak etc.) die reichen Bewohner jener Aufengebiete viel mehr verbrauchen als die verhältnismäßig minder wohlhabenden der andern Bundesländer.

Dass im Reichstage davon gar nicht die Rede gewesen, erklärt sich wol daraus, daß man eben auch dort eine solche Neuregelung des Aversionalverhältnisses als selbstverständlich betrachtet hat.

### Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 29. Juli. Durch die strenge Handhabung des Socialistengesetzes sind wir leider um eine Auseinandersetzung gefommen, die sehr interessant und lehrreich zu werden versprach. In Mainz hatten die Socialdemokraten eine Wählerversammlung projektiert, in welcher über „Dr. Mousang und die Zollgesetzgebung“ verhandelt werden sollte. Das Mandat des Abg. Mousang stammt bekanntlich noch aus der guten alten Zeit, da das Centrum seine staatsstreitende Mission noch nicht begriffen hatte, sondern mit den Socialdemokraten ohne Scheu Wahlbündnisse eingegangen. Ganz vorüber ist diese Neigung freilich auch heute noch nicht, wie sich in Breslau gezeigt hat. Das Centrum war bei diesen Wahlbündnissen mit volksfreundlichen Versprechungen ebenso freigiebig wie die Socialdemokraten mit den Versicherungen, daß sie am Kulturmampf keine Freude hätten. Es wäre nun gewiß von hohem Interesse gewesen, eine Auseinandersetzung

Herald, letzterer als Geschichtsschreiber der Expedition. Die Besannung setzt sich aus sieben Amerikanern, vier Skandinavieren, einem Rumänen, einem Italiener und fünf Deutschen zusammen. Der New-York Herald behandelt jeden einzelnen von ihnen wie einen Helden und gibt ihre Geschichte und Personalbeschreibung. Von den Deutschen geben wir das Nationale: Georg Laubelach, 32 Jahre alt, aus Uttershausen bei Kassel; Eduard Star, 29 Jahre alt, aus Hamburg; William Niedermann, 29 Jahre alt, aus Rügen; Hansen Knud, 29 Jahre alt, aus Nordschleswig, und Georg Kühne, 21 Jahre alt, geboren in Preußen. Außerdem befinden sich als Koch, Steward und Cabinenjunge drei Chinesen an Bord.“

### Leipziger Stadttheater.

○ Leipzig, 29. Juli. Fr. Kirchhöffer fügte zu ihren bisherigen Gastspielen im Neuen Theater gestern die Maria Berolina in Lindau's vieractigem Schauspiel „Maria und Magdalena“, einem Stück, in welchem dieselbe ihre künstlerischen Vorzüge recht gut zum Ausdruck zu bringen Gelegenheit hatte. Denn, mag man von den Stücken des berühmten Heuilletonisten halten, was man will, die Handhabung eines geistvollen, stets anziehenden Dialogs wird ihm jeder einräumen müssen; und gerade in der mähd- und verständnisvollen Behandlung des Dialogs, ohne den geringsten virtuosenhaften Beigeschmac, beruht Fr. Kirchhöffer's Stärke. Nicht als ob wir damit sagen wollten, es fehlten der Künstlerin die Mittel für leidenschaftlichere, erregtere Momente, über welche Fr. Kirch-

zwischen den Bundesgenossen vom vorigen Jahre über die Grundlagen ihres Uebereinkommens mitanzuhören. Die Stellung des Centrums hätte jedesfalls nicht dabei gewonnen; denn von dem Vorwurf des offensichtlichen Bruchs aller seit Jahren aufgestellten Programme und abgelegten Versprechungen wird kein Rechtfertigungsversuch die Centrumspartei reinwaschen.

— Die National-Liberale Correspondenz schreibt: „Der Gesetzentwurf über Verlängerung der Staats- und Legislaturperioden soll, nach einer bisher nicht widerlegten Meldung, schon dem bevorstehenden Landtag vorgelegt werden. Der Landtag würde danach in der Beschäftigung mit dieser Angelegenheit dem Reichstage vorangehen, ein Plan, der uns durchaus nicht zusagen will. Es liegt auf der Hand, daß der Reichstag und der Landtag des größten Bundesstaates nicht ohne die größten Unzuträglichkeiten mit Staats- und Legislaturperioden von verschiedener Dauer bestehen können. Diejenige Körperschaft, welche die Angelegenheit zuerst in Beratung zieht, würde sonach im Falle der Annahme des Projects für die andere Körperschaft geradezu eine Zwangslage schaffen, und dieses Vorrecht darf dann doch, wie uns scheint, der Reichstag vor dem preußischen Landtag beanspruchen. Es kommt hinzu, daß das Abgeordnetenhaus sich am Beginn einer Legislaturperiode befinden wird, und doch nicht wohl für sich selbst eine Mandatsverlängerung um ein Jahr beschließen kann, während der Reichstag sich bereits in der zweiten Hälfte seiner Tätigkeit befindet, und somit der Vorschlag doch im Reiche zuerst in Anwendung kommen würde.“ Wir geben darin der National-Liberale Correspondenz recht.

— Die Neue Preußische Zeitung berichtet: „Die neuerdings erfolgte Bestellung von vier Glattoederscorven und zwei Panzeranthonenbooten von Seiten der Kaiserlichen Admiralität löst wol deutlich erkennen, daß man in Zukunft von dem Bau größerer Panzerschiffe, wie Panzerfregatten und Panzerkorvetten, nach den eigenen und den Erfahrungen in dem letzten russisch-ukrainischen und auch in dem jetzt noch andauern den Krieg zwischen Peru-Bolivia und Chile Abstand nehmen will.“

— Ueber das Urteil, welches das Kriegsgericht in Sachen des Großen Kurfürsten erlassen hat, gehen der Börsischen Zeitung einige nähere Mitteilungen zu. Der Geschwaderchef Batsch soll verurtheilt sein, weil der König Wilhelm in zu geringer Distanz vom untergegangenen Schiffe fuhr und weil der Contreadmiral nicht früh genug eingriff, um die Katastrophe zu verhindern. Er habe zu lange dem Kapitänleutnant Klausen das Kommando überlassen und vor Eintritt der Gefahr nicht genug Geistesgegenwart und Kaltblütigkeit gezeigt. Fr. Batsch, als Obercommandant für jede Bewegung der Schiffe verantwortlich, hat deshalb von den Angeklagten die höchste Strafe erhalten. Fr. Klausen gab, wie es heißt, bei Annäherung der Gefahr ganz richtige Befehle an das Steuerruder ab; allein die Wirkung des Befehls trat später ein, als er in Ansehung der sich steigernden Gefahr wünschte, und bei Erneuerung des völlig angemessenen Commandos zur Verhinderung der Annäherung des Großen Kurfürsten durch König Wilhelm fiel Klausen in dem Bestreben, sich der Mannschaft am Ruder deutlicher zu machen, aus der Schiffssprache heraus. Hierdurch aber trat Verwirrung ein und das

höfster, wie das Zusammentreffen mit Magdalena im dritten Act, dem in Composition und Sprache entschieden gelungensten im Drama, bewies, gar wohl verfügt, sondern es kommen die Vorzüge des Fr. Kirchhöffer, so auch ihr voll- und sympathisch klängendes Organ, in dem Largo der Handlung weit mehr als in dem Fortissimo und Presto zur Geltung. Wiederholter Beifall wurde der Künstlerin, besonders nach der warm empfundenen Declamation des Liedes „An den Mond“, am Schlus des zweiten Actes zuteil.

Die sonstige Besetzung der Rollen war zum großen Theil dieselbe wie früher. Frau Western gab die Magdalena, besonders die blühende Magdalena, im dritten Acte recht gut wieder. Fr. Pidder's munteres und der jugendlichen Rolle angemessenes Spiel wurde leider immer noch durch die hoffentlich nicht chronische Belegtheit ihres Organs empfindlich gestört.

Der Werken des Hrn. Eichenwald ist eine der besten Leistungen dieses trefflichen Künstlers. Er wußte die vielsachen Lächerlichkeiten und Schwächen des Parvens mit höchst wiflamer, doch durchaus in nichts übertreibender Komik zum Ausdruck zu bringen. Fr. Johannes spielte den Laurentius mit Frische und Lebendigkeit. Hlfr. Bernd (Fr. Stödel), Graf Egg (Fr. Petter), Dr. Gelz (Fr. Conrad), Frau v. Bingenburg (Frau Spiegel), Alma (Fr. Grabner), v. Guizbach und v. Metz (Fr. Mauthner und Fr. Ernst) und Schellmann (Fr. H. Förster) wurden von den Genannten in angemessener Weise wiedergegeben. Bezißlich der vielen „bei Seite“ gesprochenen Zwiespräche im ersten Act wäre es doch wünschenswerth, wenn entweder dieselben zu Gunsten der Wahrscheinlichkeit, von

Steuerzuber nahm Richtung nach der verkehrten Seite, wodurch der Zusammenstoß unvermeidlich werden mußte.

— Die „Post“ sagt über den Rücktritt des Hrn. v. Bennigsen:

Von Hrn. v. Bennigsen finden wir es vollkommen begreiflich, daß er die Position, welche ihm seit dem 12. Juli die Schwäche seiner Freunde und Parteigenossen geschaffen, die ihn mit Begegnen den Angriffen seiner Feinde zur Linken überlassen, sich nicht gefallen lassen wird. Die national-liberalen Partei verließ mit ihm nicht bloß eins ihrer brillantesten Mitglieder, sondern das hervorragendste, den Mann von der größten politischen Bedeutung und Stärke. Die Folgen werden nicht ausbleiben, und wenn auch weiter dasjenige, was die national-liberalen Partei Gutes und Großes gelebt hat, noch die Gedanken, welche sie gepflegt hat, verschwinden werden, so ist es doch beinahe unmöglich, daß nach dem Selbstberufungsprozeß, welchen sie seit Jahren unter dem unheilsamen Einflusse eines kleinen Anzahl von Leuten des linken Flügels, die nur in engen Kreisen eine Art von Popularität besitzen, unterlegt, jemals wieder von ihr die Stufe der Macht und Größe erreicht werden könnte, welche sie noch vor wenigen Jahren besaß. Wir glauben, daß diejenigen in der Partei, welche heute zur Erkenntnis gekommen sind, schon ein paar Wochen zu spät gekommen sind.

Hoffen wir, daß diese Prophezeiung denn doch zu düster und daß das „Zu spät!“, welches allerdings auch die national-liberalen Partei, beziehentlich deren gemäßigter Elemente trifft, hier nicht seine volle verhängnisvolle Kraft über werde.

Der Augsburger Allgemeine Zeitung schreibt man über den Entschluß des Hrn. v. Bennigsen, ein Mandat für das nächste Abgeordnetenhaus nicht mehr zu übernehmen und überhaupt von der parlamentarischen Tätigkeit sich zurückzuziehen:

Damit sind die Hoffnungen, Hrn. v. Bennigsen werde wenigstens sein Mandat zum Reichstage behalten, befehligt. Mit Hrn. v. Bennigsen tritt die national-liberalen Fraktion der letzten zehn Jahre vor dem Schauspiel ab. Es ist bekannt, daß noch andere Hrn. v. Bennigsen nahe stehende Mitglieder der Fraktion theils ihr Mandat niedergaben, theils aus der Fraktion ausscheiden werden. In der Führerhaft der Partei wird also Hrn. v. Bennigsen durch Hrn. v. Forckenbeck abgelöst werden — mit andern Worten: die national-liberalen Partei wird die Oppositionstellung acceptiren, welche ihr durch die neueste Politik des Kaisers Bismarck und durch die conservativ-freikirchliche Coalition aufgebrängt worden ist. Hrn. v. Bennigsen ist seiner ganzen Natur nach nicht der geborene Führer einer Oppositionspartei. Schon die Thatache, daß er sich entschloß, dem neuen Böllarif seine Zustimmung zu verleihen, hat vielfach überredet. Aber durch die Stellung, welche er zu dem Frankenstein'schen Antrage eingenommen hatte, war er aus politischen Gründen zu dem verneinten Votum gezwungen, welches, soweit der materielle Inhalt des Gesetzes — die Schutz- und Finanzsätze — in Betracht kommt, seine parlamentarische Tätigkeit, weil er sich nicht der Gefahr aussehen will, weiterhin als Heldvertreter ohne Soldaten auf dem parlamentarischen Kampfplatz zu agieren. Durch seinen Rücktritt aber und durch den unvermeidlichen Austritt der ihm politisch näher stehenden Mitglieder aus der Fraktion wird die national-liberalen Partei mehr und mehr auf den Bestand des bisherigen linken Flügels beschränkt werden, der, wollend oder nicht, zur engen Verbindung mit der Fortschrittspartei gedrängt wird. Der Entschluß des Hrn. v. Bennigsen wird demnach von großer Wichtigkeit für die Klärung der Partieverhältnisse sein und ohne Zweifel ebenso viel Beifall auf den äußersten Rechten wie auf der äußersten Linken finden. Von den führenden Leuten wurde von Anfang an nichts mehr bedauert, als daß durch den Antrag Frankenstein der Recht innerhalb der national-liberalen Fraktion wieder verstärkt wird und, als die Rechte Böll's den Zwiespalt wieder ansieht, nicht der linke Flügel unter Führung des Hrn. v. Forckenbeck, Rückert, Lasker aus der Fraktion ausscheid, sondern nur der

den Anwesenden nicht gehört zu werden, etwas leichter gesprochen würden, oder den Nichtspielden durch eine Coulissenvorrichtung ermöglicht würde, weiter in den Hintergrund zu treten. Leider wurde der Anfang des Stücks durch ein ziemlich lange anhaltendes Pochen, vermutlich aus dem Bühnenraum kommend, und durch die dadurch hervorgerufene, nur zu sehr gerechtfertigte Unruhe im Publikum in empfindlichster Weise zerstört. Daß dem Pochen von zustehender Stelle nicht eher ein Ziel gesetzt wurde, zeugt weder von allzu großer Rücksicht dem Publikum gegenüber, noch von der nothwendigen Achtung vor den eigenen Leistungen.

Als ein jedenfalls sehr zeitgemäßes Buch ist zu begrüßen die Schrift: „Die Descendenzlehre und der Neue Glaube“, von Joseph Kuhl (München, Adermann), insofern der Verfasser desselben den wohlgemeinten, aufrichtigen und von redlichstem Eifer zeugenden Versuch macht, die nicht abweisenden und auf ihrem Gebiete gewiß höchst wertvollen Fortschritte der neuesten Naturforschung mit dem wieder von anderer Seite her ebenso Werthvollen und möglichst unversehrt zu erhalten — einem bestimmten Maße religiösen Glaubens — auszugleichen. Der Verfasser spricht sich in sehr verständiger und überzeugender Weise über die Aufgabe, die er sich gestellt, so aus: „Die Descendenzlehre an sich, wenn man darunter nichts weiter versteht als den Satz, daß alle lebenden Formen der organischen Weise von einer Urform organischen Lebens abgeleitet sind, muß heute als unanfechtbare Wahrheit gelten. Dagegen vermag uns die Darwinische Theorie die Art und Weise der Entwicklung und Umbildung der Formen nicht genügend zu erklären. Ich gelange zu der Überzeugung, daß es ein Ziel gibt in der Schöpfung, also auch einen Zweckbegriff, und daß die mechanische Auffassung, wie sie vom Darwinismus mit neuer Macht gegen die hergebrachte

zuerst bauern die  
familiär die  
Doch die  
in dem S  
der Führer  
später au  
Reichs  
Regierung  
wirkt üb  
Möchte, a  
aus, daß  
feindlich und zog  
nicht rich  
ihm gleich  
in der m  
haben ei  
Unterric  
evangelis  
die Wehr  
  
Dort das  
Fraktion  
v. Forcken  
wenn di  
Wagschau  
die Volk  
militäris  
national-L  
tann un  
  
Die weitern  
sichenden  
herigen  
rale Pa  
im Reic  
herigen  
Oppositio  
Sammel  
  
Das im Reic  
immer  
allen U  
Blatt in  
über ei  
erwartet  
  
— In die  
sichenden  
im Hin  
die Hr.  
nicht „de  
Sollte  
sungen, a  
teilen Th  
wartende  
  
— Auch  
gleich un  
conser  
schaft ge  
Artikel  
Sprache,  
übriglich  
Ereigniss  
— Den  
Kassel  
  
ten Ueber  
zur Erklä  
suchungen  
sich, so ei  
derjenigen  
Punkt ge  
von Stet  
seinen G  
wenn au  
der Wiss  
unserer R  
eine Rei  
allein mi  
Forschri  
schaft mi  
Ziel ist  
kenntnis,  
zu stellen  
wie bei  
schwinden  
dem jewe  
bare, abe  
wissenschaft  
das ist  
zwischen  
uns mit  
den, der  
seiner na  
Glauben  
theologisch  
zu leeren  
alten Gl  
meiner G  
Religion,  
seindienst  
angestellte  
hier glei  
dogmatisc

dorste rechte Flügel. Der Beschluss, den Völk das Ver- bauen der Fraktion über seine Rechte auszudrücken, ist be- fannlich nur mit 45 gegen 35 Stimmen gefasst worden. Dass die Minderheit unter Bennigsen's Führung dennoch in dem Fraktionsverbande verblieb, war ein Fehler, welchen der Führer selbst durch seinen Rücktritt von der parlamentarischen Tätigkeit corrigierte. Wenn Dr. v. Bennigsen in der Fraktion geblieben wäre, so hätte er doch selber oder später ausscheiden müssen, wenn, wie zu erwarten, die Mehrheit der Fraktion eine schroffere Stellung gegen die Regierung einnimmt. Der Entschluss des Hrn. v. Bennigsen wirkt übrigens nachträglich noch ein gutes Licht auf die Motive, welche die Minister Dobrée und Hall bestimmt haben, aus dem Ministerium auszutreten. Sie haben vor- aus, dass sie sich in der nächsten Landtagssession einer ihnen feindlich gesunkenen Mehrheit gegenüberstellen würden, und zogen es vor, jetzt freiwillig auszucheiden. Es ist nicht richtig, dass Dr. Hall zugemutet worden sei, die von ihm geschaffene „freie Schulverfassung“ zu revidieren. Aber in der nächsten Sesson würde er solchen Zumutungen nicht haben entgehen können, nicht nur auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, sondern mehr noch auf demjenigen der evangelischen Kirchenpolitik, da die Hospitälervpartei über die Mehrheit in der ersten preußischen Generalsynode verfügt.

Die Volks-Zeitung stellt sich naivweise verwun- det darüber, dass man „in der national-liberalen Fraktion eines Gegengewichtes gegen die Herren v. Borckenbeck und Lasker“ bedürfe und dass man glaube, wenn dieses Gegengewicht genommen sei, werde die Waagschale tief nach links herabsinken“. Als ob nicht die Volks-Zeitung und ihre Partei längst diese Eventualität einer Abstossung des rechten Flügels der National-Liberalen herbeigewünscht hätten, damit der linke kann um so sicherer ihnen zufließt!

Die Elberfelder Zeitung wünscht, dass nach einer weiteren Ausscheidung der dem Hrn. v. Bennigsen nahe stehenden Mitglieder der Fraktion sich „aus dem bisherigen rechten Flügel dieser eine neue gemäßigte liberale Partei bilde, welche allen freisinnigen Elementen im Reiche, die nicht gewillt sind, sich von ihrem bisherigen nationalen Standpunkte in eine unfruchtbare Oppositionsstellung drängen zu lassen, einen festen Sammelpunkt biete.“

Das Hauptorgan der national-liberalen Fraktion im Reichstage, die National-Zeitung, schweigt noch immer beharrlich über Bennigsen's Rücktritt. Unter allen Umständen durfte und musste man von einem Blatt in dieser Stellung eine baldige offene Aussprache über ein für die Partei so hochwichtiges Ereignis erwarten.

In der „Tribune“, einem ziemlich weit links stehenden unter den national-liberalen Organen, wird im Hinblick auf die vorzüglichen Verhandlungen, die Dr. v. Bennigsen angeblich abbrach, weil er sich nicht „verbrauchen lassen wollte“, bemerkt:

Sollten noch einmal, jedenfalls unter andern Voran- setzungen, ähnliche Chancen zur Verhütung stehen, so möge auch in Betracht kommen, dass man sich in der mangelhaften Thätigkeit weniger verbraucht als in einer stets zu- wartenden Unfähigkeit.

Auch die Augsburger Allgemeine Zeitung macht gleich uns darauf aufmerksam, „dass zwischen Frei- conservativen und Alerikalen keine rechte Freundschaft gedeihen will“. Sie verweist auf den neuern Artikel der „Post“ (Nr. 173), welcher „in einer Sprache, die an Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übriglässt“, über „die ihr jüngst durch den Zwang der Ereignisse ange schwärzte Fraktion“ sich auslässe.

Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus Kassel vom 28. Juli: „Auswärtige, namentlich ber-

liner Blätter, lassen sich von hier berichten, dass der Reichs- und Landtagsabgeordnete für Kassel, Obertribunalrat (früher Reichsgerichtsrath) Dr. Bähr, sich überhaupt vom politischen Leben zurückziehen werde. Diese Vermuthung beruht auf einer Annahme, zu welcher von Seiten des Dr. Bähr selbst noch keine Veranlassung gegeben ist. Derselbe weist augenblicklich als Sommerfrischler in den tiroler Bergen. Wenn der hervorragende Jurist und Parlamentarier auch schon seit längerer Zeit mehr Ruhe haben möchte, so steht doch fest, dass er ein Mandat zum Reichstag in Zukunft nicht ablehnt, dagegen mit der Vertretung im preußischen Abgeordnetenhaus nicht fernher beauftragt zu werden wünscht. Übrigens wies die Hessische Morgen-Zeitung, welche dem Dr. Bähr sehr nahe steht, gestern darauf hin, dass das Erblichen des Reichstagsmandats infolge der Ernennung Bähr's zum Reichsgerichtsrath durchaus nicht eintreten muss. Denn nicht eine Kunst der Regierungsgewalt sei die Veranlassung hierzu, sondern ein Reichsgesetz. Es bedürfe in Wahrheit nicht eines Appells an die Wähler, ob ihr Vertreter noch das Vertrauen besitzt, da seine Rang- oder Gehalts erhöhung — die erstere sei ohnehin wohl kaum vorhanden — nicht als Anstoss einer förmlichen Kunstbezeugung betrachtet werden dürfe.“

Die Kölnische Zeitung, die, solange die Holl- und Finanzfragen noch schwanken, eine ziemlich entschieden oppositionelle Stellung zu dem von der Mehrheit im Reichstage und von den Regierungen vertretenen Standpunkte einnahm, äuert sich jetzt über die von der national-liberalen Partei den nun perfect gewordenen Zollgesetzen gegenüber einzunehmende Haltung in folgender Weise:

An erster Stelle steht uns die Förderung, keine Politik des Schmollens, Nürgelns, der Opposition als solcher anzugreifen, weder in Versammlungen noch in den Parteiorganen. Der Zolltarif ist eine fertige Sache, die man durch bloße Angriff nicht ändert. Die Bildung einer förmlichen Antikornzoll-Liga etc., kurz einer Opposition in der Form des Vereinswesens, und möchte sie auch ausgehen von bedeutender Seite, halten wir für gänzlich verfehlt. Wenn Deutschland das neue System vertragen, wenn es sich gut dabei stehen sollte, würden beratige Vereine etc. keinesfalls etwas helfen, jedenfalls aber der ihnen nahe stehenden Partei schaden. Und immer von neuem alle Ortsvereine gegen Schuhzölle überhaupt, gegen einzelne Schuh- und Finanzzölle insbesondere entwickeln mag nichts mehr. Man beobachte scharf, habe Acht auf die Wirkungen des neuen Wirtschaftssystems; die hervortretenden wirtschaftlichen Schäden und Schädigungen der Nation sind es, welche man nachweisen, hervorheben und auf dem gesetzlichen Wege auszumerzen suchen muss. Daburch steht man dem Vaterlande. Durch Agitation gegen die Zollpolitik fordert man den rücksichtigen Gegner heraus. Gegenwärtig hat man noch gar keine Erfahrung und damit vor allem keine Veranlassung, für die Landtagswahlen dieses Kapitels zu sehr zu cultivieren.

Wir finden hierin nur die Ansichten wieder, zu denen auch wir uns befehlen. Das Gleiche ist der Fall rücksichtlich der folgenden sehr zutreffenden Bemerkungen über die Fraktionstaktik im allgemeinen: Es ist überflüssig, zu untersuchen, ob nicht die wirtschaftliche, nunmehr vorläufig abgehauene Frage eine derartige war, über welche sich die Fraktion als solche von Anfang an hätte schlüssig machen sollen. Nicht überflüssig scheint uns aber, hervorzuheben, dass man in Zukunft sich bezüglich wirklich wichtiger, einschneidender Vorlagen schon während der ersten Zeitung ganz klar werde, ob deren fundamentale Punkte sich mit den Grundzügen der Fraktion vereinigen lassen oder nicht, das eine oder andere klar zu stellen und demgemäß zu handeln. Wenn aber, wie dies wiederholt geschehen, anfanglich durch Redner, welche in der öffentlichen Meinung die Fraktion zu vertreten scheinen, eine

ten Überzeugungen ins Feld geführt wird, nicht ausreicht zur Erklärung der Welt. So ist das Facit meiner Unter- suchungen, wie eine Anerkennung des Descendenzgesetzes an sich, so eine gründliche Abweisung des Darwinismus, d. h. derjenigen Form, in welcher dasselbe von Darwin und Haeckel vorgetragen wird. Damit ist sodann der Ausgangspunkt gegeben für die Beurteilung des „Neuen Glaubens“ von Strauss, der auf den Darwinismus gebaut, also in seinen Grundlagen verfehlt ist; es wird nachgewiesen, dass, wenn auch die Descendenzlehre wie überhaupt der Fortschritt der Wissenschaft an der hergebrachten dogmatischen Fixierung unseres Religionsgebäudes arg gerüttelt hat, doch noch immer eine Religion und ein Christenthum in freier Form nicht allein möglich, sondern notwendig ist. Es bleibt bei allem Fortschritt der Wissenschaft ein Rest, den die Naturwissen- schaft mit ihren Mitteln nicht zu erreichen vermag. Dieser Rest ist immer kleiner geworden mit der steigenden Er- kennnis, und er wird — dies braucht man nicht in Abrede zu stellen — noch immer kleiner werden; aber er wird, wie bei einem irrationalen Quotienten, niemals ganz ver- schwinden. Dieses geschieht man ein, so haben wir die mit dem jeweiligen Stande unserer Erkenntnis zwar verschlie- bare, aber niemals verschwindende Grenze, wo die Natur- wissenschaft aufhört zu sprechen und das Glauben beginnt: das ist die einzige mögliche Annahme der Versöhnung zwischen Glauben und Wissen. Und darum können wir uns mit dem „Neuen Glauben“ von Strauss nicht befrem- den, ber die Grenze wesentlich überspringt. Hier, in seiner naturwissenschaftlichen Basis, muss man den Neuen Glauben bekämpfen, wenn man Erfolg haben will; vom theologischen Standpunkt aus Strauss bekämpfen, führt leicht zu learem Gerede, das für den Laien einer Niederlage des alten Glaubens gleichkommt. Meine Absicht in diesem Theile meiner Schrift ist, darzuhalten, dass die Grundlagen unserer Religion, vor allem der Gottessbegriff selbst, durch die Des- cendenzlehre, wenn sie richtig gefasst wird, nicht wesentlich angefasst werden. Meine Absicht ist aber nicht — was ich hier gleich zu erklären mich gedrungen fühle — mit der dogmatischen Ausgestaltung dieser Grundlagen der Theologie

vorzugreichen.“ Der Verfasser schließt sich in Betreff der Inspiration der Urkunden und der andern dogmatischen Lehren den Ansichten an, die im ganzen vorigen Jahrhundert in Deutschland selbst unter einem Theile der Theologen vorherrschten; er sieht, kurz gesagt, auf dem Standpunkte der sogenannten „natürlichen Religion“ oder des „Deismus“, wie ihn z. B. die englischen Freidenker, wie ihn in Deutschland Lessing, Kant etc. lehnen. Mag man mit ihm übereinstimmen oder nicht — und vielleicht werden ihm die einen vorwerfen, dass er noch zu viel „erhalte“, die andern, dass er zu viel wegwerfe oder wegwerfen lasse — jedenfalls muss man die Offenheit und Aufrichtigkeit ehren, womit er noch beiden Seiten hin für das „rechte Maßhalten“ eintritt.

Bon Brockhaus' „Kleinem Conversations- Lexikon“ liegen wieder vier neue, rasch hintereinander erschienen Hefte, das 25.—28. vor. Das Werk wird da- durch bis zum Artikel Mirecourt fortgeführt und durch 4 Tafeln Abbildungen (2 Kriegsmarine; 2 Plastische Bild- werke) sowie durch 2 Karten (Österreich-Ungarn; Türkei, Griechenland, Rumänien, Serbien, Montenegro, Bulgarien und Österreichum) bereichert. Die letztere Karte hat be- sondern zeitgeschichtlichen Wert, indem sie die auf dem Berliner Kongress vereinbarten politischen Umgestaltung der Balkan-Halbinsel mit allen dafselbigen stattgefundenen Grenz- veränderungen zu deutlicher Ansicht bringt. Wir haben schon zum östern die Trefflichkeit und Brauchbarkeit des Werks gebührend hervorgehoben und können dafselbigen aufs neue jedem zur Anschaffung empfehlen.

Eine der seltenen Missbildungen hat, wie die Berliner Zeitung meldet, Geheimrat v. Langenbeck zu Berlin in der Klinik seinen Zuhörern vorgestellt. Der große Sensation erregende Fall betraf einen etwa zwölfjährigen Knaben mit drei Ohren. Gegenüber dem rechten, normal gebauten Ohr saß auf dem hervortretenden Venkenknospe der rechten Wange eine vollständig entwickelte Ohrmuschel mit Knorpel und Ohrklappchen, jedoch ohne weitere Ausbildung des Gehörganges. Dr. v. Langenbeck hob die überraschende Sel- tenheit dieser Art von Missbildung hervor, indem er er-

borlage als unannehmbar bezeichnet wird, hinterher aber durch Kompromisse doch das Wesentliche derselben angenommen wird, muss die Fraktion notwendig in den Augen des leitenden Staatsmannes als unsicher erscheinen. Es ist ein öffentliches Geheimnis, dass Dr. Lasker wiederholt, z. B. im Herbst 1878 in der Fraktionsdebatte über das Socialistengesetz, mit seiner Meinung allein geblieben ist, dass der Reichsanzler mit seinem Vorwurf des Herabgesetzte- werdens durch liberale Redner eine bekannte Persönlichkeit im Auge hatte. Eine große Fraktion muss Mittel haben, zu verhindern, dass ihr zugeschrieben werden könnte, was lediglich auf Rechnung von Rednern fällt, die zu oft und zu lange sprechen, um ihre Bunge vor dem Durchgehen zu halten. Parteidisciplin ist nötig; sie besteht aber nicht darin, dass man auch in einer Session mit dem alten Vorstande eintreten muss, man nun wochen-, ja monatelang keine förmliche Wahl desselben vornimmt, für Wahlen aus der Fraktion einen Weg wählt, der die Meinungsäußerung gegen den Vorschlag des Vorstandes als Angriff gegen diesen oder gegen die vorgesagten Mitglieder erscheinen lässt; dass der Vorstand in den wichtigsten Fragen, anstatt erst eine Debatte zu veranlassen, seine Beschlüsse fast und diese dann der Öffentlichkeit unterbreitet; dass einzelne Mitglieder das Privileg haben, so oft zu reden als es ihnen beliebt, bis zu einem Dutzend mal in derselben Fraktionssitzung; dass man häufig für die Fraktionssitzungen die Zeit fast stehen zu müssen scheint; dass es den Aufsehn gewinnt, als sei die Fraktion eigentlich nur dazu bestimmt, als Folie zu dienen für die Verstärkung der Ansichten des einen oder andern „Führers“.

Was hier der bisherigen Führung der Partei gesagt wird, ist zum Theil etwas hart, aber leider nur zu wahr. Schließlich sagt dann die Kölnische Zeitung nochmals:

Die National-Liberalen haben seit dem Jahre 1866 in der äußeren Politik mit unabdingtem Vertrauen den Reichsanzler geschickt und im großen und ganzen das Fehlen einer parlamentarischen Regierung nicht zum Maßstab ihres Verhaltens gemacht. Das muss auch für die Zukunft der Fall sein. Man erlässt offen, dass man wie bisher gern und bereitwillig die Regierung in Land und Reich in allen Punkten unterstützen werde, soweit das mit dem Wohle des Vaterlandes vereinbar sei, ohne jedem Gedanken an eine Vergeltung für die Abwendung von der Partei. Und um einer solchen Erklärung eine feste Grundlage und dadurch Nachdruck zu geben, nehme man einen klaren Standpunkt gegenüber denjenigen Fragen, welche mit Sicherheit in den nächsten Jahren an den Land- und den Reichstag herantreten werden.

In einem Schreiben, das der Kölnischen Zeitung aus Singapur über die Colonienfrage zugeht, heißt es:

Ein Land, das noch ein ungeheueres Entwicklungsfeld innerhalb seiner eigenen Grenzen hat, Nordamerika, hat eine Expedition auf dem Dampfer Ciconderoga unter Commodore Shufeldt ausgesetzt, um für die Eröffnung von Colonien im Interesse des nordamerikanischen Handels an solchen Plätzen die nötigen Anfalten zu treffen, wo sich besonders gute Aussichten dafür bieten und noch keine europäische Flagge weht. Die Expedition wird sich handfächlich nach Afrika und Asien, hier nach dem Indischen Archipel wenden, wo besonders Borneo ins Auge gesetzt, auf dessen Bedeutung für den Handel man begründeterweise besonders aufmerksam geworden ist. Dieser letztere Umstand ist für uns Deutsche ganz besonders niederschlagend, denn schon vor ungefähr fünf Jahren wurde die deutsche Regierung auf die Nordküste Borneos mit einem sehr günstig gelegenen Hafen aufmerksam gemacht, an dem sich bereits eine von einem deutschen Staatsangehörigen gegründete Niederlassung fand. Ja, es wurde der Regierung sogar von dem betreffenden Küstlein ein Anerbieten für die Abteilung eines gewissen Gebietes an diesem Hafen gemacht. Die Regierung ging aber in unerhörter Kurzsichtigkeit nicht darauf ein. Es sind noch andere Vorschläge, um an der Küste von Borneo festen Fuß zu setzen, der Regierung unterbreitet worden, aber auch auf sie ging sie unbegreiflicherweise nicht ein. Es ist in der That beklagenswert, dass unsere Regierung so wenig Verständnis für die Förderung der wirtschaftlichen Ent-

staltung innerhalb seiner eigenen Grenzen hat, Nordamerika, hat eine Expedition auf dem Dampfer Ciconderoga unter Commodore Shufeldt ausgesetzt, um für die Eröffnung von Colonien im Interesse des nordamerikanischen Handels an solchen Plätzen die nötigen Anfalten zu treffen, wo sich besonders gute Aussichten dafür bieten und noch keine europäische Flagge weht. Die Expedition wird sich handfächlich nach Afrika und Asien, hier nach dem Indischen Archipel wenden, wo besonders Borneo ins Auge gesetzt, auf dessen Bedeutung für den Handel man begründeterweise besonders aufmerksam geworden ist. Dieser letztere Umstand ist für uns Deutsche ganz besonders niederschlagend, denn schon vor ungefähr fünf Jahren wurde die deutsche Regierung auf die Nordküste Borneos mit einem sehr günstig gelegenen Hafen aufmerksam gemacht, an dem sich bereits eine von einem deutschen Staatsangehörigen gegründete Niederlassung fand. Ja, es wurde der Regierung sogar von dem betreffenden Küstlein ein Anerbieten für die Abteilung eines gewissen Gebietes an diesem Hafen gemacht. Die Regierung ging aber in unerhörter Kurzsichtigkeit nicht darauf ein. Es sind noch andere Vorschläge, um an der Küste von Borneo festen Fuß zu setzen, der Regierung unterbreitet worden, aber auch auf sie ging sie unbegreiflicherweise nicht ein. Es ist in der That beklagenswert, dass unsere Regierung so wenig Verständnis für die Förderung der wirtschaftlichen Ent-

staltung innerhalb seiner eigenen Grenzen hat, Nordamerika, hat eine Expedition auf dem Dampfer Ciconderoga unter Commodore Shufeldt ausgesetzt, um für die Eröffnung von Colonien im Interesse des nordamerikanischen Handels an solchen Plätzen die nötigen Anfalten zu treffen, wo sich besonders gute Aussichten dafür bieten und noch keine europäische Flagge weht. Die Expedition wird sich handfächlich nach Afrika und Asien, hier nach dem Indischen Archipel wenden, wo besonders Borneo ins Auge gesetzt, auf dessen Bedeutung für den Handel man begründeterweise besonders aufmerksam geworden ist. Dieser letztere Umstand ist für uns Deutsche ganz besonders niederschlagend, denn schon vor ungefähr fünf Jahren wurde die deutsche Regierung auf die Nordküste Borneos mit einem sehr günstig gelegenen Hafen aufmerksam gemacht, an dem sich bereits eine von einem deutschen Staatsangehörigen gegründete Niederlassung fand. Ja, es wurde der Regierung sogar von dem betreffenden Küstlein ein Anerbieten für die Abteilung eines gewissen Gebietes an diesem Hafen gemacht. Die Regierung ging aber in unerhörter Kurzsichtigkeit nicht darauf ein. Es sind noch andere Vorschläge, um an der Küste von Borneo festen Fuß zu setzen, der Regierung unterbreitet worden, aber auch auf sie ging sie unbegreiflicherweise nicht ein. Es ist in der That beklagenswert, dass unsere Regierung so wenig Verständnis für die Förderung der wirtschaftlichen Ent-

staltung innerhalb seiner eigenen Grenzen hat, Nordamerika, hat eine Expedition auf dem Dampfer Ciconderoga unter Commodore Shufeldt ausgesetzt, um für die Eröffnung von Colonien im Interesse des nordamerikanischen Handels an solchen Plätzen die nötigen Anfalten zu treffen, wo sich besonders gute Aussichten dafür bieten und noch keine europäische Flagge weht. Die Expedition wird sich handfächlich nach Afrika und Asien, hier nach dem Indischen Archipel wenden, wo besonders Borneo ins Auge gesetzt, auf dessen Bedeutung für den Handel man begründeterweise besonders aufmerksam geworden ist. Dieser letztere Umstand ist für uns Deutsche ganz besonders niederschlagend, denn schon vor ungefähr fünf Jahren wurde die deutsche Regierung auf die Nordküste Borneos mit einem sehr günstig gelegenen Hafen aufmerksam gemacht, an dem sich bereits eine von einem deutschen Staatsangehörigen gegründete Niederlassung fand. Ja, es wurde der Regierung sogar von dem betreffenden Küstlein ein Anerbieten für die Abteilung eines gewissen Gebietes an diesem Hafen gemacht. Die Regierung ging aber in unerhörter Kurzsichtigkeit nicht darauf ein. Es sind noch andere Vorschläge, um an der Küste von Borneo festen Fuß zu setzen, der Regierung unterbreitet worden, aber auch auf sie ging sie unbegreiflicherweise nicht ein. Es ist in der That beklagenswert, dass unsere Regierung so wenig Verständnis für die Förderung der wirtschaftlichen Ent-

Widderung unseres Landes hat und so wenig Interesse für eine rationelle Staatswirtschaft zeigt, wie sie z. B. musterhaftig in England besteht. Es würde in der That um unseren Handel, Gewerbe und Schifffahrt viel fruchtiger aussehen, wenn nicht die freisinnig gästfreundliche Fahne Großbritanniens überall, von seinem engberigen Gedanken beeinflusst, den Ausbreitung des deutschen Handels und dem Wohl deutscher Gewerbezeugnisse auf gleicher Grundlage wie seinem eigenen Handel Vorstand geleistet hätte. Möglicherweise anders auf der politischen Weltfläche auslässt; dennoch geziemt sich und ist es billig, daß der deutsche Handel des Verdiens, welches sich England durch seine Großherzigkeit um ihn erworben hat, rücksichtslos anerkennt und ihm den gedankten Dank zollt. Wir wollen uns bei dieser Gelegenheit nicht verhehlen, daß man im allgemeinen in den betreffenden Kreisen sehr kleinmäßige Erwartungen über die Fähigkeiten unserer eigenen Regierung für die Verwaltung von Colonien hegt, wir wollen aber auch hoffen, daß der bisher für Wirtschaftsinteressen so verständnislose Bureaucratismus im Interesse der Wohlfahrt unseres Vaterlandes endlich einer gefundenen Anschauung dieser Verhältnisse weicht. Jene Nordostküste Borneos, die ich oben erwähnte, ist nun leider für uns verloren gegangen. Vor ungefähr zwei Jahren hat ein europäisches Consortium mit englischem Kapital sich durch Verträge mit den betreffenden Fürsten und Sultans einer bestimmten Entschließungssumme das ausschließliche Handelsrecht in jenem Gebiete erworben. Jetzt wird der übrige Theil Borneos von Amerika in Anspruch genommen werden und so eins der schönen mineral- und erzeugnissreichen Länder der Welt, wo wir mit Leichtigkeit hätten Fuß fassen können, vor unseren Augen in die Hände eines andern Landes übergehen. In Südafrika und Südamerika wird es ebenso gehen; man wartet so lange, bis nichts mehr zu erwarten ist. Die Italiener sind eben im Begriff, uns ein lehrreiches Beispiel in dieser Beziehung zu geben. Stehen wir nicht hinter ihnen zurück, handeln wir ohne Zögern, wie es die Verhältnisse unseres Landes erfordern!

— Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung lenkt die Aufmerksamkeit nochmals auf den Vertrag Deutschlands mit den Samoainseln, indem sie sagt:

Als der charakteristische Zug des Weißbeglaubigungsvertrages zwischen Deutschland und Samoa darf wohl der deutlich in demselben ausgeprägte Grundsatz gelten, daß Deutschlands Interessen im überseeischen Auslande nicht auf irgend ein politisches Principat, sondern auf das im Leben der Völker begründete Recht der Pflege und Erhaltung wichtiger Kulturinteressen zu führen. Ohne Deutschland eine Verbindlichkeit aufzuzeigen, aus welcher lästige Verpflichtungen entspringen könnten, sichert der Vertrag das Reich doch andererseits gegen jede Art von selbstsüchtigen Besetzungen, indem er den Kaiserlichen Regierung das Recht zur Mitwirkung bei Herstellung staatlicher Verhältnisse auf den Inseln gewährt. Auf der durch die Verträge mit Tonga und Samoa und die Uebereinkünfte mit den andern unabdingbaren Interessengruppen der Südsee geschaffenen völkerrechtlichen Basis stehend, ist Deutschland nunmehr in den Stand gesetzt, jede Veränderung der Machtverhältnisse in jenen Ländern von seiner Zustimmung abhängig zu machen, und dem mit Thätigkeit und Beredsamkeit gepaarten Unternehmungsgeist der Deutschen ein Gebiet offen zu halten, auf welchem sich derselbe frei entfalten und dem nationalen Wohlstande neue Verbindungen und Quellen des Erwerbes eröffnen kann.

Der zum Generalconsul für die Samoa- und Tongainseln ernannte Kapitän zur See Bembach hat die Reise angetreten, um sich auf seinen neuen Posten zu begeben.

— Über die gemeinnützigen Stiftungen, die bei Gelegenheit der Goldenen Hochzeit des Kaisers begründet wurden, bringt die Social-Correspondenz eine höchst interessante Zusammenstellung, aus welcher wir entnehmen, daß bis Anfang Juli 100 solcher Stiftungen bekannt geworden sind, welche zusammen eine Kapitalsumme von circa 2,628315 M. repräsentieren, wobei noch bemerkt werden muß, daß von 23 Stiftungen die Summe zur Zeit noch nicht bekannt ist. Die Stiftungen erstrecken sich auf Krankenpflege, Altersversorgung und Invalidenunterstützung, Blindenunterstützung, Taubstummenpflege, Freistellen in Asylen, Waisenpflege, Kinderpflege und Erziehung, Beamtenhilfe, Stipendien für Fernende an Bildungsanstalten, Belehrung an Hochzeitsbücherei, Hebung und Kräftigung des Handwerks &c. Unter den für verschiedene Wohltätigkeitszwecke begründeten Stiftungen befinden sich auch 11 mit einer Kapitalsumme von 374009 M. für Arbeiter. Was die auswärtigen Stiftungen betrifft, so sind solche unter anderm begründet worden in Petersburg (67000 M.), deren Verwendung dem Jubelpaare angeheimgegeben ist; eine in Moskau für höhlsbedürftige Landsleute (64480 M.); London für deutsche Waisenländer dasselbe (circa 95435 M.). Unter den deutschen Städten steht Berlin mit seiner 300000 M. betragenden Stiftung für eine Altersversorgungsanstalt bedürftiger Einwohner Berlins oben an. Berfolgt man das Verzeichniß der Stiftungen und ihre Zwecke, so ergibt sich, daß der praktische Wohltätigkeitsgeist wohl nie in so glänzender Weise an den Tag getreten ist als bei diesem Jubelfeste.

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten: „Lassalle'sches Liederbuch“ (Chemnitz, Druck und Verlag von C. A. Hager); „Programm zur Todtenfeier Ferdinand Lassalle's, Sonntag, 19. Sept. 1869“ (Druck von C. A. Hager in Chemnitz); „Zur Geburtstagfeier Ferdinand Lassalle's, am 17. April 1870“ (Chemnitz, Druck von C. A. Hager in Chemnitz).

— Die Abg. Windthorst-Meppen und Peter Reichensperger sind von der Universität Löwen in Belgien zu Doctores honoris causa promovirt worden.

Preußen. In einer am 28. Juli abgehaltenen Sitzung des Berliner Magistrats hat derselbe in Bezug auf das Rescript des Handelsministers vom 4. Jan. betreffend „Wiederbelebung der Innungen“ fast einstimmig beschlossen, denjenigen Vorschlägen zugestimmt, welche seitens der zur Vorberathung des Gegenstandes niedergeschlagenen Subcommission gemacht worden sind. Der Stadtverordnetenversammlung wird eine Vorlage zugehen, zu beschließen, eine etwa aus fünf Magistratsmitgliedern, acht Stadtverordneten und acht aus Fachkreisen gewählten Vertretern des Handwerks als Bürgerdeputirten bestehende, gewiß §. 59 der Städteordnung zu bildende Verwaltungsdeputation niederzusetzen, welche nach ihrer Konstituierung an Stelle der jetzigen Gewerbe-deputation zu treten und den Namen „Abtheilung des Magistrats für Gewerbeangelegenheit“ zu führen haben würde. Es würden von dieser Abtheilung alle das Gewerbebetrieb betreffenden Angelegenheiten sowie das ganze Hülfsklassenwesen zu bearbeiten und namentlich die gewerbliche Jurisdiction auszuüben sein.

— Wie die Deutsche Reichszeitung vernimmt, ist Dr. Held, Professor der Nationalökonomie zu Bonn, ins Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten berufen worden. Derselbe werde gleichzeitig an der Berliner Universität Vorlesungen halten.

— Die Volks-Zeitung schreibt: „Nicht wenig Aufsehen macht es in literarischen Kreisen, daß das bekannte Centrumsmitglied Dr. Fackeldey in Emmerich und zwar wegen seiner prononcierten Stellung im Culturmäpfe als Beigeordneter nicht bestätigt worden ist.“

Freie Städte. Der Reichstagsabgeordnete Hasselmann in Hamburg, welcher im Winter eine socialdemokratische Wochenschrift „Glück auf“ redigte, war am 3. Febr. auf Grund des Gesetzes vom 21. Oct. und 18. Nov. v. I. wegen Verbreitung socialdemokratischer Druckschriften angeklagt. Der Polizeirichter sprach ihn jedoch frei, wogegen die Staatsanwaltschaft beim Strafgericht Appellation einlegte. Das Strafgericht erkannte jedoch, daß der Angeklagte sich als Redakteur nicht der gewerblichen öffentlichen Verbreitung verbotener Druckschriften schuldig gemacht habe, und verwies deshalb die Appellation als unbegründet.

#### Österreich-Ungarn.

Wie telegraphisch gemeldet wurde, hat sich Dr. Rieger vor einigen Tagen nach Wien begeben, um an competenter Stelle den Ausgleich der Ecken mit der Regierung persönlich zu fordern. Der Correspondent der „Politik“ schreibt darüber:

Die Concessionsen, die das Ministerium der staatsrechtlichen Opposition im gegenwärtigen Augenblick machen will, sollen nicht als eine Gegenleistung für den Eintritt in den Reichsrath gelten, sondern nur zu dem Zweck gemacht werden, um die Ungerechtigkeiten des vergangenen Ministeriums gegen das böhmische Volk wenigstens in etwas gutzumachen und um der staatsrechtlichen Opposition zu zeigen, daß es der Regierung um eine Versöhnung ernstlich zu thun ist. Diese Concessionsen bewegen sich ausschließlich auf dem Gebiete des Schulwesens.

Die Ecken sind aber mit dieser freiwilligen Bekämpfung eines Theils ihrer Forderungen nicht zufrieden; sie bestehen auf voller Gewährung der von ihnen dictirten Garantien. In der betreffenden Correspondenz heißt es weiter:

Der Frage, ob die staatsrechtliche Opposition in den Reichsrath einzutreten oder nicht, will die Regierung auf dem Wege gehen. Das Ministerium nimmt nämlich an, daß, wenn die böhmischen Abgeordneten in den Reichsrath eintreten, sie mit den andern nationalen und conservativen Parteien die Politik der Regierung unterstützen werden. In die Möglichkeit, daß die böhmischen Abgeordneten in den Reichsrath eintreten und gegen die Regierung stimmen könnten, glaubt man am hiesigen Sabeuplatze nicht. Woher aber diese Illusion kommt, das mögen die Österreicher wissen! Es scheint, daß Graf Taaffe der Meinung ist, die politischen Differenzen zwischen den deutschen und böhmischen Abgeordneten hätten sich schon so tief in die Gemüther eingefressen, daß sie bis zu einer gegenseitigen persönlichen Antipathie ausgearbeitet sind. Man glaubt, daß Dr. Rieger und Dr. Herdt schon aus persönlicher Schriftlichkeit niemals für ein und dieselbe Sache stimmen werden. Läuft sich das Ministerium nicht mit einer solchen Vorauseitung, und was geschieht, wenn die staatsrechtliche Partei, nachdem die Regierung ihre gerechten Ansprüche nicht berücksichtigt, dann als Opposition gegen das Ministerium in den Reichsrath eintritt? Graf Taaffe glaubt an diese letztere Eventualität nicht; als ihm eine illustre Persönlichkeit die Möglichkeit einer solchen vor Augen führt, erwiderete er, daß in einem solchen Falle die ganze Regierung zurücktrete und es der Kronen überlassen würde, aus der neuen Majorität des Abgeordnetenhauses eine neue Regierung zu bilden. Aber die neue Majorität des Abgeordnetenhauses werden die national-conservativen Parteien bilden und eine Regierung aus diesen Kreisen würde gewiß dem böhmischen Volke alle seine Rechte und Rechtigkeiten zurückgeben. Das lezte Wahlergebnis hat also in der That die zukünftige Politik in die Hände der staatsrechtlichen Opposition gelegt. Das möge doch die Regierung bei dem Ausmaße der Concessionsen bedenken!

— Dem Pester Lloyd geht aus Szegedin die nachstehende Darstellung über den Stand der dortigen Arbeiten zu: „Das Königliche Commissariat wird hinsichtlich der Sicherstellung Szegedins gegen neue Wasser gefahr mit allerdringlichstem die nötigen Verfügungen treffen. Es wird in erster Reihe der Umstand maßgebend sein, daß die Stadt gegen Hochwasser schon im nächsten Frühjahr gänzlich gehörter sei. Ob die zu errichtenden Schutzwerke von definitivem oder nur von provisorischem Charakter sein sollen, dies wird wohl die am schwersten zu lösende Frage bilden. Auf alle Fälle wird man trachten, mit dem Errichten von entsprechenden Vertheidigungswerken möglichst früh zu beginnen.“

#### Frankreich.

\* Paris, 28. Juli. Die Linke des französischen Senats hat gestern beschlossen, daß das Haus nicht auseinandergehen solle, ohne die Gesetzentwürfe betreffend den Unterrichtsrath und die Erneuerung der Handelsverträge votiert zu haben. Damit willigt diese im Senat nahezu maßgebende Gruppe indirect und trotz des von der République française erhobenen Värms in die Vertragung der großen Ferry'schen Vorlage betreffend die Freiheit des höheren Unterrichts. Der Ausschuß für die letztere hat gestern drei Vertreter der katholischen Universität von Ville vernommen, nämlich den Rector Hautcoeur und die Herren de Margerie und Barthelemy de Sommieres, die Dekane der Facultäten für Philologie und Naturwissenschaften. Dieselben machten Vorstellungen gegen die Rückkehr der Belehrung der Grade an den Staat und gegen die obligatorische und unentgeltliche Einschreibung der Studierenden bei den Staatsfacultäten; über den Art. 7, betreffend die Congregations, enthielten sie sich, als außerhalb ihrer Kompetenz liegend, jeder Bemerkung. Sie sagten, daß sie im Vertrauen auf das Gesetz von 1875, Millionen für ihre Anstalten ausgegeben hätten und daß die Ferry'sche Vorlage darauf ausgehe, dieselben in ihrer Existenz zu vernichten. Sie würden sogar, sagten sie hinzu, ihre Anstalten vielleicht ganz schließen, wenn sie nicht überzeugt wären, daß das Ferry'sche Gesetz, vorausgesetzt selbst, daß es auch im Senat durchdränge, sich nicht auf die Dauer behaupten könnte.

#### Großbritannien.

\* London, 28. Juli. Der Examiner erfährt aus „guter Quelle“ von Petersburg, daß das russische Intelligenzdepartement gegenwärtig mit der Aufgabe beschäftigt ist, einen Plan für die Invasion Deutschlands zu entwerfen (?), damit Russland für irgendwelche Ereignisse, die in Zukunft eintreten mögen, gut vorbereitet sei. Ein solcher Plan wurde im Jahre 1871 entworfen, aber seitdem hat Preußen eine Reihe von Festungen längs der russischen Grenze errichtet, während an der Weichsel und in den Ostseeprovinzen eine Serie strategischer Eisenbahnen von Russland fertig gestellt worden. Die Anstalten für die Vertheidigung der Grenze werden ebenfalls einer Revision unterzogen.

Die Bewegung gegen das vom Kriegsgericht über den bekannten Kapitän Carey gefällte Urteil gewinnt mehr und mehr an Boden. In zahlreichen Meetings und Anfragen an die Redaktionen der Londoner Blätter, in welchen gefragt wird, ob Carey auch dann vor ein Kriegsgericht gekommen wäre, wenn in seiner Begleitung nicht ein kaiserlicher Prinz, sondern irgendein anderer englischer Offizier verunglückt wäre, macht sich die erregte Meinung des Publikums zu Gunsten des Angeklagten gestellt und von allen Seiten wird offen anerkannt, daß das erste Urteil, über den in eine ungünstige Sache hineingerathenen Landsmann ein vorschnelles gewesen und daß man einen Justizmord um solcher Interessen willen, welche mit dem unbefangen betrachteten Falle nichts zu thun haben, nicht dulden dürfe. Es ist nun in die Hand des Obercommandanten der englischen Landarmee, Herzog von Cambridge, gegeben, daß gefällte Urteil zur Ausführung bringen zu lassen, oder anzutreden, daß ein neues Kriegsgericht zusammentrete. Er wird wohl angefochtene der intensiven und wachsenden Bewegung im Publikum nicht umhin können, das letztere anzurufen.

#### Belgien.

Der Indépendance belge wird aus Ostende seltener Aufsehen erregende und sitzt die Spiekhörnchenmüllige Hall von der Aufhebung des Ecarte-Rats in Belgien gemeldet: „Am 23. Juli, kurz vor 11 Uhr nachts, drang der königliche Procurator von Brügge, begleitet von fünf Personen, in den Cursaal von Ostende und begab sich direkt in die Salons des Cercle, auf deren Thüren zu lesen ist: „Für die Mitglieder des Cercle vorbehaltener Eingang.“ Der Director des Cursaals, Dr. Kirsch, begab sich, hier von in Kenntnis gesetzt, möglich in die genannten Salons und protestierte öffentlich gegen das Eindringen der Gerichte in die Locale eines Privateclubs, indem er die Herren aufforderte, ihm ihre Eigenschaft und ihre Vollmacht bekannt zu geben. Einer von ihnen erklärte, er sei der Instructionsrichter und handle krafft einer regelmäßigen Requisition. Der Director erwiderte, daß er momentan der Autorität der Behörde weichen müsse, daß er jedoch vermeide der von der Administration in Ostende erhaltenen Instructions seine Vorbehalt machen müsse. Der Instructionsrichter begehrte, daß ihm die Reglements des Cercle

und die Mann fan  
bemerkte,  
die Union  
diesem Ce  
des Ausla  
Curaas unter den  
und Abge  
anvertrau  
curator n  
Mitglieder  
neu wollte  
in Ostend  
schlag be  
sidenten d  
den würde  
des Spiel  
Wie imm  
laum zu  
bringt die  
den und  
Landes zu  
Gründe u  
  
Die o  
auf den C  
Tag. Die  
veröffentli  
nach Sil  
heiraten.  
Mädchen,  
ihnen ein  
zulässig f  
auch seit  
erheilt, u  
wurden.  
drei Mill  
Einzelha  
loste, in  
darum an  
und sie s  
nach Sib  
Sach nic  
an Wese  
Dritten V  
antwortet  
folgt: „D  
euch keine  
Partei ih  
unbedeutet  
sehr schla  
siet etwo  
werden ei  
halb des  
samtver  
Meineu  
ihre „ho  
Urteil n  
  
Die m  
wurden.  
Meine  
Die Rev  
Rumänis  
zung bes  
lernen, da  
Inlande g  
gewissen  
die Schw  
dieser Fra  
dächtig si  
Lande in  
definitiv  
Regierun  
päischen C  
das Prin  
ges von d  
Besorgni  
jewi nat  
zu geben  
heilige P  
rathes u  
vertage i  
einen Ma  
  
Schwier  
Angela  
bei den  
und den  
für den  
englischi  
auch ih  
giren mi  
stehen,

und die Protokolle des Comité übergeben werden. Man sah diesem Verlangen nach, indem man ihm bemerkte, daß diese Reglements nach jenen des Cercle de l'Union in Brüssel abgesetzt, und daß nur die in diesem Cercle, wie in allen Cercles des Landes und des Auslandes gestatteten Spiele in dem Cercle des Kurhauses erlaubt seien, dessen Verwaltung einem unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Ostende und Abgeordneten von Ieghem stehenden Comité anvertraut sei. Nichtsdestoweniger erklärte der Procurator nach einem summarischen Verhör mit einigen Mitgliedern des Cercle, welche eben ein Spiel beginnen wollten, mit lauter Stimme, daß das Baccarat in Ostende verboten sei, daß der Spieltisch mit Beschlag belegt werden müsse und daß gegen den Präsidenten des Comité die Untersuchung eingeleitet werden würde. Die Genßarmen benächtigten sich hieraus des Spieltisches und trugen ihn fort, während sich der Procurator und der Instruktionsrichter zurückzogen. Wie immer auch die Entscheidung der Gerichte, schreibt die Indépendance belge, „über diese gewaltthätige und kaum zu rechtsetzende Maßregel aussallen möge, so bringt dieselbe doch der Stadt Ostende großen Schaden und dürfte Spa und die andern Badeorte des Landes zum Vortheil der ausländischen Badeorte zu Grunde richten.“

#### Russland.

Die eigentliche Veranlassung zu dem Attentat auf den General Mesezenzow tritt erst jetzt an den Tag. Das antizaristische Blatt Objektive Ojilo veröffentlicht darüber Folgendes: Drei zur Deportation nach Sibirien verurteilte Nihilisten beschlossen zu heirathen, und kurz darauf fanden sich auch drei Mädchen, natürlich Nihilistinnen, welche eine Ehe mit ihnen eingehen und denselben nach Sibirien folgen wollten. Da derlei Ehen nach dem russischen Gesetze zulässig sind, so wurde den erwähnten Nihilisten hierzu auch seitens der competenten Behörden die Bewilligung ertheilt, worauf die drei Paare ohne weiteres getraut wurden. Später wurde jedoch angeordnet, daß die drei Nihilisten ihre Strafe im Centralgefängnisse in Einzelhaft absühlen sollen, was ihre Frauen veranlaßte, in einer Audienz beim Justizminister Nabokow darum anzusuchen, daß er diese Verordnung aufheben und sie sammt ihren Männern, wie früher bestimmt, nach Sibirien schicken möge. Nabokow erklärte, in der Sache nicht entscheiden zu können, und wies die Frauen an Mesezenzow. Als nun dieselben beim Chef der Dritten Abteilung erschienen und ihre Bitte vortrugen, antwortete ihnen dieser in herausforderndem Tone wie folgt: „Ich weiß, wozu ihr gekommen seid; ich werde euch keinerlei Concessions machen; ich weiß, welcher Partei ihr angehört; ich hielte bis jetzt eure Partei für unbedeutend, unschädlich, aber nun sehe ich, daß sie sehr schlau ist, sie will mittels der Ehe ihre Kreise stets erweitern. Nichts damit, im Gegenheile, wir werden euch exklusiv behandeln, wir stellen euch außerhalb des Gesetzes. Entfernt euch!“ Nach dem Bekanntwerden dieser Antwort in Nihilistenkreisen wurde Mesezenzow sofort als größter und gefährlichster Feind ihrer „heiligen Sache“ zum Tode verurtheilt und das Urtheil nach Verlauf von drei Tagen an ihm vollstreckt.

#### Donaufürstenhümer.

Die färbliche Postkarte, mittels deren die rumänischen Kammermänner bis zum 23. Aug. vertagt wurden, lautet folgendermaßen:

Meine Herren Senatoren, meine Herren Abgeordneten! Die Revision des Art. 7 der Verfassung beschäftigt ganz Rumänien; dieselbe muß noch um vieles mehr die Regierung beschäftigen. Um die verschiedenen Phasen kennen zu lernen, durch welche diese Frage sowohl im Auslande als im Innlande gegangen ist, bedürfen meine neuen Minister einer gewissen Zeit. Sie, meine Herren, werden, nachdem Sie die Schwierigkeiten näher kennen gelernt haben, welche mit dieser Frage verbunden sind, gleichfalls ein dringendes Bedürfnis fühlen, sich aufs neue mit Ihren Wählern, mit dem Lande in Verbindung zu setzen, und zwar bevor die Frage definitiv entschieden wird. In der Zwischenzeit wird meine Regierung den Beschluß der Nation zur Kenntnis der europäischen Großmächte bringen können, in ihre Gesetzgebung das Prinzip einzunehmen, welches im Art. 44 des Vertrages von Berlin ausgeworfen ist; gleichzeitig aber auch Ihre Bevölkerung und die dringende Pflicht, die wir haben, unser nationales und ökonomischer Interessen eine Garantie zu geben, die für jeden Staat und für jedes Volk eine heilige Pflicht ist. Aufsicht des Berichts meines Ministerrothes unter Nr. 441 und tritt des Art. 95 der Verfassung verfügt ich die außerordentliche Session der Kammer auf einen Monat von heute angefangen.

#### Türkei.

Konstantinopel, 24. Juli. Die auswärtigen Schwierigkeiten nehmen wesentlich auf die ägyptischen Angelegenheiten Bezug und zwar handelt es sich bei denselben augenscheinlich vor allem um die Form und den Inhalt des Investiturerlasses oder Berats für den neuen Khedive, Tewfik-Pascha. Seitens der englischen und französischen Diplomatie, die, wie weit auch ihre sonstigen Bestrebungen voneinander divergieren mögen, in dieser Frage eng verbunden zusammen stehen, accentuirt sich mehr und mehr das Bestreben,

eine Entscheidung in der Sache zu beschleunigen. Die hiesigen Vertreter der Westmächte, Sir Austin Layard und Mr. Fournier, scheinen, namentlich am letzten Sonnabend, 13. Juli, alleräußerste Anstrengungen gemacht zu haben, um dieses Ziel zu erreichen und sie scheutn dabei selbst vor dem Versuche nicht zurück, die Pforte zu brüllen, indem sie eine in identischen Ausdrücken abgesetzte Note, ein jeder allerdings die seine selbständig für sich, indeß zu derselben Zeit, an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Alexander-Karathedory-Pascha einreichten. Das Ministerium trat unmittelbar darnach (am besagten 13. Juli) zum Conseil zusammen und zwar übernahm der mit dem interimistischen Vorsitz beauftragte Djeddet-Pascha bei dieser Gelegenheit zum ersten male das Präsidium. Sich einschließen und verblüffen zu lassen ist nicht die Art osmanischer Staatsmänner und auch in diesem Hause scheint das darauf abzielende Verschaffen des englischen und französischen Volkhofers vom Ziele weit abgeblieben zu sein. Es hatte noch an dem nämlichen Tage eine Unterredung zwischen legtern beiden und dem türkischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der sich nach Therapia begab, statt — allein ohne daß eine Einigung erreicht worden wäre. Die gestellte Frist ist inzwischen abgelaufen — und die Angelegenheit schwelt, wie man nicht zweifeln kann, noch unerledigt zwischen Himmel und Erde.

Eine andere politische Angelegenheit habe ich, neben den allen voranstehenden ägyptischen, hier noch zu erwähnen. Es ist dies die der griechischen Grenzrectification. Die beiden hellenischen Commissare befinden sich nunmehr bereits seit acht Tagen hier, ohne daß die Pforte Anstalt mache, durch Publicirung ihrerseits der bezüglichen Bemerkungen (man weiß vorerst nur, daß Karissi-Pascha, Minis., Efendi- und Nedjif-Pascha designirt wurden) einen ersten Schritt der Einleitung, behufs Eröffnung der Unterhandlungen, zu thun. Unterdessen nehmen diejenigen Maßnahmen ihren Fortgang, welche den Zweck haben, die osmanische Streitkraft an der griechischen Grenze zu verstärken. Man schiffte namentlich in den jüngsten Tagen eine nicht unerhebliche Truppenmenge nach Volo ein.

#### Agypten.

Die Ball-Mall Gazette veröffentlicht folgende wörtliche Uebersetzung eines vom Khedive Tewfik-Pascha in arabischer Sprache an den Präsidenten des Ministerrothes gerichteten Schreibens:

Da es der Vorsehung gefallen hat, die Regierung Ägyptens in unsere Hände zu legen, haben wir von unserem Herrn und Gebieter dem Großsultan, dem Gott Sieg verleihten möge, hieraus bezügliche Befehle erhalten. Da wir uns für die erwiesene Gnade nur durch gewissenhafte Erfüllung der Pflichten, die dieses hohe Amt erheischt, erkenntlich zeigen können (wozu der Verstand des Allmächtigen erforderlich ist), es unsers Amtes, alle Schritte und Maßregeln, die in unserer Macht liegen, zu ergreifen, um uns der Regierungsgeschäfte in zufriedenstellender Weise zu entledigen und das Wohl der Bevölkerung nach Kräften zu fördern. Wenngleich es wahr ist, daß die Lage eine schwierige ist, so hoffen wir dennoch, daß unsere Pflichttreue und die günstige Aufnahme, die uns sowohl vor der Bedrohung Ägyptens als von den Beamten zutheil geworden, alle Hindernisse beseitigen und die Arbeit erleichtern wird. Da wir außerdem von der Überzeugung ausgehen, daß unsere Regierung konstitutionell sein und von verantwortlichen Ministern geleitet werden soll, haben wir uns vorgenommen, von diesem Prinzip nie abzugehen. Es wird gleichfalls unsere Aufgabe sein, die Deputiertenkammer zu consolidieren und ihre Rechtsbefugnisse zu erweitern, damit sie im Stande ist, die Gesetze zu revidiren, das Budget zu überwachen und alle Fragen, die ihr vorgelegt werden, eingehend zu studiren.

Da Sie jetzt, der Lage Rechnung tragend, ein neues Ministerium berufen haben, über das Sie präsentiert werden, sind wir der Treue und Ehrlichkeit aller Angestellten der ägyptischen Regierung sicher und geben uns der Hoffnung hin, daß dieselben einschauen, daß wahrer Reichthum der der Seele, daß wahre Ehe Unbedecktheit und die schöne Freude der Pflichttreue der Pfad der Jugend und Gerechtigkeit ist. Es ist unter diesen Umständen in erster Linie erforderlich, die finanziellen Schwierigkeiten, die viele andere Missstände veranlassen, zu beseitigen. Jedem das Seine zu geben und die Finanzen zu überwachen. Schwierig wie dies und momentan sein mag, hoffen wir dennoch durch Anwendung der richtigen Mittel, die Sie gewiß ergriffen werden, und mit der Unterstützung der andern Minister, die Krise glücklich zu überwinden. Es ist zunächst unsere Pflicht, die Gerichtshöfe, welche die Justiz oder sind, zu verbessern; durch sie kann der Schwäche sein Recht gegen den Startern geltend machen und der Arme gegen die Erexungen seiner Bedränger Schutz finden. Es liegt uns fern, ob die allgemeine Erziehung nach Kräften zu fördern und die Intelligenz der Eingeborenen durch Erhöhung des Schulunterrichts und Einführung eines nützlichen Reglements zu entwickeln. Wir müssen ferner die Errichtung öffentlicher Anstalten und die Ausdehnung der Landwirtschaft, die die Basis des ganzen Reichthums eines Landes ist, im Auge behalten. Das Gleiche gilt vom Handel, zu dessen Erhöhung die unabdingtesten Freiheiten erforderlich sind. Nicht minder notwendig sind die Reformen in allen Zweigen der Verwaltung, um die Bevölkerung soviel als möglich zu beruhigen. Es sind dies, wie wir glauben, die von allen Staaten des Erdalls angewandten gerechten und nützlichen Maßregeln. Wir hoffen demnach, daß Sie, soweit dies in Ihren Kräften liegt, alles aufstellen werden, die Geschäfte des Staates zu leiten und daß Sie dem Werke Ihre ganze Energie widmen werden. Möge der Allmächtige Sie den richtigen Weg führen, denn er allein ist der Lenker der Geschichte.

Mohammed Tewfik.

#### Afrika.

Der Kölnerischen Zeitung berichtet man aus Berlin: „Nach einem Consulatsbericht berechtigen zahlreiche Gesuche deutscher Fabrikanten und Kaufleute um Angabe von Handelshäusern in Marokko behufs Anknüpfung von Geschäftskontaktungen zu der Annahme, daß der Handel dieses Landes für Deutschland an Bedeutung gewinnt. Weiter wird nun die authentische Auskunft ertheilt, daß, wie bis dahin, auch im vergangenen Jahre Spiritus, Lichte, Tuch, Stärke, Goldborten, Tiefe, Cement und Eisenwaren in nicht unbedeutenden Mengen von Deutschland eingeführt und dagegen Wolle, Datteln, Mandeln ic. nach Deutschland ausgeführt wurden. Da diese Waren aber in Erwartung direkter Dampfschiffverbindungen mit Deutschland nur über Frankreich oder England verladen werden und in den Handelsstabellen infolge davon nicht als deutsche, sondern als französische oder englische aufgeführt werden, so ist es nicht möglich, über den Anteil Deutschlands am Handel in diesem Lande bestimmte Angaben zu machen. Ein deutsches Haus bemüht sich seit einiger Zeit, eine Gesellschaft, welche ihre Dampfschiffe von einem deutschen Hafen nach dem Mittelmeer sendet, zu veranlassen, ihre Schiffe auch marokkanische Häfen anlaufen zu lassen; sollte ein solches Projekt in der Weise zur Ausführung gelangen, daß diese Dampfer gleichzeitig englische Häfen anlaufen, so würde ohne Zweifel der deutsche Handel mit Marokko sich bedeutend erweitern. Zu den in Casablanca und Mogador ansässigen drei deutschen Kaufleuten ist in Tanger noch ein vierter gekommen.“

#### Brasilien.

Die in Rio-de-Janeiro erscheinende Deutsche Allgemeine Zeitung für Brasilien berichtet unter dem 21. Juni Folgendes mit: „Am 6. Juli wurde der Minister v. Sinimbu beim Eintritt in das Kammergebäude von den Kammern umlagernden Bollgruppen auf schimpflische Weise beleidigt. Die Worte: «Ins Gefängnis mit dir!» schallten dem Erschreckten entgegen. Der Finanzminister wurde mit dem Titel «Verräther» begrüßt. Der Deputierte J. Marianna wurde ebenfalls beleidigt: «Intriguant, Talentloser» und ähnliche Titel flogen ihm an den Kopf. Dr. M. Franjisco seinerseits rächtet aber die Collegen durch eine an die mit Menschen vollgestopfte Galerie gerichtete heftige Rede. Das Kammergebäude war von Militär umgeben, Infanterie, Gesoldaten, Polizei und Cavalerie waren zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung herangezogen. Trotz der aufgepflanzten Bajonnette wurden aber die zukrähenenden Minister mit allen Zeichen des Missfalls vom Volke empfangen. Ein Bollgruppe lief gröhrend dem Wagen des Hrn. v. Sinimbu nach und hob die den Ministerwagen begleitende Ordeman aus dem Steigbügel, weil dieselbe einem jungen Menschen einen Säbelhieb zuertheilt hatte. Wütende Gruppen verfolgten auch die Wagen der andern Minister. Die oppositionellen Deputirten (Silva, Martins ic.) wurden jubelnd nach Hause geleitet. Abends hörte man an verschiedenen Plätzen aus der Menge den Ruf schallen: «Nieder mit dem Ministerium! Es lebe die Republik!»“

#### Königreich Sachsen.

Der Reichshaushaltbericht des Reichstagsabgeordneten für Leipzig, Dr. Stephani.

\* Leipzig, 30. Juli. Das heutige Leipziger Tageblatt bringt den schriftlichen Bericht des Reichstagsabgeordneten für Leipzig, Dr. Stephani, an seine Wähler, als Erfaz für die dermalen, wie er sagt, unausführbare militärische Verstärkung. Derselbe ist sehr ausführlich; er füllt nahezu sechs der großen Spalten des Tageblattes. Wir müssen daher von seiner auch nur annähernd vollständigen Wiedergabe absehen und uns auf einen möglichst gedrängten Auszug daraus beschränken.

Dr. Stephani betont, daß er nur „nach schwerem inneren Kampfe“ sich — zum ersten mal! — zu einer „ablehnenden Haltung“ gegenüber wichtigen Regierungsvorlagen entschlossen habe.

Er charakterisiert sodann zunächst die vom Reichsanzler schon längst geplante Finanzreform. „Bei der in Deutschland stattgefundenen allzu starken Entwicklung der directen Steuern mußte“, sagt er, „die als notwendig erkannte Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches auf dem Gebiete der indirekten Steuern gesucht werden.“

Über diesen Punkt bestand zwischen dem Reichsanzler und der national-liberalen Fraktion Einverständnis. Nun ward aber die ganze Reformfrage verschoben und ihre Lösung erschwert 1) durch ihre Vermischung mit dem Plane einer Böllerhöhung; 2) durch die Ausdehnung des Maßes der zu beschaffenden Mehreinnahmen über das bloße Bedürfnis des Reiches hinaus, durch die Idee einer Vertheilung von Überschüssen an die Einzelstaaten.

Dies letztere fand Dr. Stephani bedenklich, weil dann der Reichstag Einnahmen verwillige, ohne die entsprechenden Ausgaben (in den Einzelstaaten), beziehend die Verminderung anderer Steuern (ebenda), beschließen oder controllieren zu können.

Noch größere Bedenken erregte ihm die neue Zollpolitik. Dr. Stephani gibt zu, daß Deutschland seinen Zolltarif hätte revidiren müssen, um ihn den zum Theil veränderten Beziehungen zu andern Staaten anzupassen, vielleicht auch einzelne Zölle erhöhen; allein absolut unannehmbar erschienen ihm die Zölle auf Nahrungsmittel, nicht minder gefährlich die Höherbesteuerung gewisser Halbfabrikate zu Ungunsten der Industrien, die solche verarbeiten, so der Garne zu Ungunsten der Weberei, die 370000 Menschen beschäftigt, während in der Spinnerei nur 100000 ihr Brot finden. Ebensso habe man andere Erwerbs- und Handelszweige, besonders auch den Durchfuhrhandel befürchtet ohne jeden ersichtlichen Gewinn für unsere Industrie im ganzen.

Eingehend und unsers Erachtens schlagend führt Dr. Stephani des weiteren aus, daß und warum die Zölle auf Getreide, Bier, Fleisch &c. unter allen Umständen, selbst wenn die von den Schutzzöllnern dafür in Aussicht gestellte Erhöhung der Löhne wirklich eintrete, nachtheilig auf unser wirtschaftliches Gesamtinteresse wirken müssten, sowie daß man bei mehreren Stämmen die Nahrung der ärmern Klassen verhältnismäßig höher belastet habe als die der wohlhabenderen. Speziell mit Bezug auf Sachsen bemerkt hier der Bericht:

Wenn ich in dieser starken Zollbelastung vorwobiger Reaktion und unentbehrlicher Bedürfnisse eine ernste Gefährdung einzelner Exportindustrien, eine Steigerung der Preise im allgemeinen und eine Verminderung unserer Kaufkraft dem Auslande gegenüber befürchten zu müssen glaubte, so galten diese Beschlüsse ganz besonders für unser Sachsen, dessen Webindustrie unter den hohen Zöllen ganz besonders leidet, dessen dichtgedrängte industrielle Bevölkerung am wenigsten eine Verhinderung der unentbehrlichsten Lebensmittel vertragen kann, namentlich des Getreides, wovon wir so starker Zufuhr von außen bedürfen (in normalen Zeiten fast ein Drittel des Jahresbedarfs). Die schon in gewöhnlichen Zeiten bedenkliche Wirkung des Getreidezolls bedroht uns aber in heutigen Zeiten noch viel ernster, da eine der wesentlichsten Voraussetzungen für ausreichende Getreidezufuhr, die Stetigkeit und Sicherheit des Getreidehandels, durch den Zoll beeinträchtigt wird und erfahrungsgemäß gerade in heutigen Zeiten durch die Hoffnung auf Suspension der Zölle die Zufuhr bis zu den Grenze wirtschaftlichen Mangels sich zu vermindern pflegen.

Der Bericht geht sodann über auf die ebenfalls bedenkliche Form, in welcher die ganze Zoll- und Finanzreform zur Annahme gestellt ward — auf den Frankenstein'schen Antrag, dessen Tendenz und Wirkungen er genau entwirkt. Möge nun immerhin, sagt Dr. Stephani, Bedeutung und Tragweite dieses Antrages theilweise überschätzt worden sein — so viel steht fest: „der ausgesprochene Zweck des Reformplanes war finanzielle Selbständigkeit des Reiches durch eigene Reichseinnahmen und Aufhebung der Matricularbeiträge; jetzt aber ist von beiden das Gegenteil erreicht, das Reich ist finanziell nicht selbständiger und hat den Mehrertrag seiner Einnahmen zum größten Theil den Einzelstaaten überwiesen“. Dazu komme, daß jener Antrag vom Centrum ausgegangen, das stets und noch bis auf die neueste Zeit herab sich auf das feindseligste gegen das Reich und gegen den Reichskanzler selbst benommen habe, und daß er gestellt worden sei in demselben Augenblicke, wo der Reichskanzler mit einer gewissen Ostentation sich von den National-Liberalen, seinen langjährigen treuen Bundesgenossen, abwendete — „bei dieser Sachlage kann sich doch ein ruhiger Beobachter dem Gesamteinbrude nicht verschließen, daß eine Förderung und Entwicklung des Reiches von diesem Antrage nicht, wohl aber das Gegenteil zu erwarten ist“.

Nach alledem, erklärt Dr. Stephani, habe er nach bestem Wissen und Gewissen nicht anders als gegen die Vorlagen der Regierung stimmen können.

So viel über das Geschehene! Ueber seine Anschauung von dem weiteren Verlaufe der Dinge und der nach seiner Ansicht von der national-liberalen Partei ferner einzuhemmenden Haltung bemerkt Dr. Stephani folgendes:

Das Bismarck einen „faulen Frieden“ mit Rom machen werde, glaube er entschieden nicht, „wennschon mit Naturnotwendigkeit irgendein Einfluß der liberal-conservativen Coalition, die jetzt zur Regierungspartei geworden, auf die fernere Gestaltung der Dinge nicht ausbleiben kann“. Möglich sei, daß Bismarck überhaupt den Einfluß des Reichstages beschränken wolle (wol eine Anspielung auf die neueste Vorlage wegen der zweijährigen Budgetperiode) — das wäre aber keine weise Staatskunst und jeder solche Versuch müßte bekämpft werden.

Dr. Stephani ist „weit entfernt von einer schmolzenen Schwarzeorie und von dem Pessimismus, der sich weitet an den Schwächen unsers Vaterlandes“. Wohl aber formulirt er die Aufgabe, die nach seiner Ansicht die national-liberale Partei gerade im jetzigen Augenblicke mehr denn je habe, folgendermaßen:

Die nationalen Parteien haben gerade jetzt doppelten Anlaß, sorgsam zu wachen über die ungeschmälerten Erhaltung

der verfassungsmäßigen Entwicklung der Nation an der Leitung ihrer Angelegenheiten in dem Augenblicke, wo dem Reich bisher grossende Elemente einen verstärkten Einfluß gewonnen und gelegliche Bestimmungen veranlaßt haben, die sicherlich nicht fördernd, wohrscheinlich aber hemmend auf die Reichsentwicklung einwirken werden. Ich hoffe, daß die national-liberale Partei, der ich angehöre, dieser jetzt erhöhten Aufgabe, eine Sicht der nationalen und freiheitlichen Entwicklung des Reiches auf dem festen Boden der Verfassung zu sein, mit verdoppelter Eifer und Festigkeit sich hingebe und, ohne durch das veränderte Verhältnis zur Regierung sich zu einer principiellen oder persönlichen Opposition drängen zu lassen, in besonnener, rein sachlicher Weise an den Grundzügen festhalten wird, die den Geist und Inhalt unseres Verfassung und unserer Entwicklung bilden. Die nationalen Aufgaben werden noch meinem Dafürhalten jetzt und noch lange den Mittelpunkt unsers politischen Lebens bilden, und deshalb auch den Einigungspunkt, auf welchen Gleislinien zu politischen Parteien sich vereinen; auf der schmalen Basis eines wirtschaftlichen oder Zollprogramms die Bildung einer politischen Partei zu versuchen, die unserm öffentlichen Leben irgendwie förderlich sein könnte, halte ich für ein völlig aussichtloses und schon in der Tendenz verfehltes Beginnen. Haben jetzt die Zollfragen, die so bedenklich einer materiellen Interessenpolitik Vorschub leisten, manche Differenzen und Spannungen in den politischen Parteien erzeugt, so ist doch zu hoffen, daß nunmehr, nach Erledigung dieser Zollfragen, in der Verfolgung der gemeinsamen politischen Aufgaben diese Dissonanzen sich wieder ausgleichen werden.

Das Dresdner Journal berichtet unter dem 29. Juli: „Ihre Majestäten der König und die Königin sind von Tarasp kommend, am 26. Juli abends mit Gefolge in Meran eingetroffen. Die Fahrt war von Tarasp über Rautersberg genommen worden; die Mittagsfahrt war in Mals serviert. Das Wetter begünstigte die allerhöchsten Reisenenden an diesem Tage besonders, und namentlich zeigte sich auf der Fahrt von Rautersberg nach Mals die Ortskleine in ihrer ganzen Pracht. Am 27. Juli wurde die in Meran herrschende beträchtliche Wärme durch ein Gewitter einigermaßen gemildert. Für den Nachmittag des 28. Juli war die Weiterreise nach Bozen projectiert, von wo aus dann das Pustertal und Villach in Kärnten als weitere Reiseziele ins Auge gesetzt sind.“

\* Leipzig, 30. Juli. Die 1859 begründete leipziger Burschenschaft Germania feierte in diesen jüngsten Tagen ihr zwanzigjähriges Stiftungsfest. Viele ehemalige Mitglieder derselben, die jetzt auswärts zerstreut sind, waren aus nah und fern dazu hierher gekommen; andere, hier am Orte, hatten sich gleichfalls eingestellt. Auswärtige Burschenschaften waren durch Delegirte vertreten. Die Feier begann mit einem geselligen Beisammensein in dem mit schwarz-weiß-rothen Fahnen reich geschmückten Hotel-de-Pologne am 25. Juli; es folgte am Morgen darauf der Festconvent, an den sich ein gemeinsames Mahl nebst Spaziergang nach Görlitz anschloß. Am Abend fand dann der feierliche Festcommers statt, der durch zahlreiche, zum Theil sehr beredte Toastie in Versen und in Prosa geschmückt ward. Am 27. Juli Vormittag fand eine glänzende Auffahrt statt, am Abend eine vom Director Dr. Förster bereitwilligst gewährte Festvorstellung im Alten Theater, wo nach einem von Dr. Fr. Hofmann gesprochenen, von Frau Western eindrucksvoll vorgetragenen ergriffenden Prolog das echt studentische Stück: „Der lange Israel“, aufgeführt ward. Nach der Vorstellung blieb man noch in fröhlicher Lust lange beisammen. Endlich am 28. Juli vereinte zum letzten mal die Festgenossen eine gemeinsame Lustpartie nach dem Kochitzer Berge. Dort trennten sich dieselben (wenigstens die auswärtigen von den hiesigen), gewiß allseits mit dem schönen Gefühl, ein ebenso ernstes als sinnig heiteres Fest der Erinnerung begangen und die alten Bande inniger Zusammengehörigkeit aufs neue festgestigt zu haben.

— Infolge der verbreiteten Sensationsnachricht, in Lockwitz bei Dresden sei die Cholera ausgebrochen, hat die Redaction der Dresdner Zeitung so gleich ein Redaktionsmitglied an Ort und Stelle gesendet und sie kann nun zur Beruhigung Folgendes mittheilen:

Berlossenen Donnerstag schlachtete der Fleischer von Lockwitz mit seinem Collegen in Niederschlesien eine Kuh, die, wie man wissen will, nicht bat lassen können, sonst aber keineswegs krank gewesen sein soll. Freitag früh holten sich mehrere Arbeiter der chemischen Fabrik in Niederschlesien zum Frühstück bei dem Fleischer des Ortes rohes Fleisch und werden nach dem Genuss desselben von Erbrechen und Durchfall heimgesucht. Nicht besser erging es Kunden des lockwitzer Fleischers, und bald mussten über 40 Krankheitsfälle constatirt werden, die jedoch alle mehr oder weniger leicht verliefen, sodass sich heute nur noch wenige unwohl fühlen. Selbstverständlich ist sofort seitens der Cholore Unter suchung gegen die betreffenden Fleischer eingeleitet worden, zumal das Gericht aufgetaucht ist, daß die Kuh, bevor sie geschlagen wurde, bereits tot gewesen sein soll.

Somit ist das Auftreten der Cholera in Lockwitz zweifellos dementirt.

\* Leipzig, 30. Juli. Gestern Abend 8 Uhr wurde im Dampfschiffstall hinter dem Gründstück Lessingstraße 4 der Leichnam eines neugeborenen Kindes, männlichen Geschlechts, aufgefunden und von Seiten der Staatsanwaltschaft aufgehoben.

\* Leipzig, 30. Juli. Die Mitglieder des hamburgischen Thalia-Theaters haben Director Hofmann am ver-

gangenen Sonnabend nach der Vorstellung durch den Regisseur Wittong eine Dankadresse überreichen lassen.

### Handel und Industrie.

\* Bremen, 29. Juli. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 6,90, per August 6,90, per September 7,10, per October-December 7,90.

\* Antwerp, 29. Juli. Petroleum marlt. (Schlußbericht.) Asphalt, Upp weiß, loco 17½, brz. u. br., per August 17½, br., per September 17½, br., per September-December 18, br. Ruhig.

\* Glasgow, 29. Juli. (Rohstoffen.) Mixed numbers warantz 40½, sh. Die Verbindungen der letzten Woche betragen 3923 Tons, gegen 5600 Tons in der ersten Woche des vorigen Jahres.

\* Liverpool, 29. Juli. Baumwolle. (Schlußbericht.) Ullsay 3000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner fest. Surats unverändert. Middle American Juli-August-Beförderung 6½%, August-September-Beförderung 6%. D.

\* Manchester, 29. Juli. (Garnie.) 12c Water Arm. tagt 7½, 12c Water Taylor 7½, 20c Water Nichols 8½, 20c Water Giblow 8½, 30c Water Clayton 10, 40c White Mayall 9%, 40c Medio Wilkinson 10%, 36c Warwick Quality Rowland 9%, 40c Double Weston 10, 60c Double Weston 13, Printers 16½ 10%, 8½, 9½, 9½, 9½, Ruhig.

### Börsenberichte.

\* Frankfurt a. M., 29. Juli. Schlußurteil: Londoner Wechsel 20,450, Wiener Wechsel 175,90, Proc. Sächsische Rente 76½, Ost. Papierrente 53½, do. Silberrente 60%, do. Goldrente 68%, Staatsb. 246½, Lomb. 78½, Gall. 208½, Ost. Creditact. 237%, Darmst. Bankact. 183%, Deutsche Reichsbank 155%.

\* Frankfurt a. M., 29. Juli, 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditactien 237%, Franzosen 246½.

\* Hamburg, 29. Juli. Silberrente 50%, Goldrente 60, Creditact. 288½, 1860er Rose 121½, Franz. 618, Lomb. 197, Ital. Rente 80%, 1877er Russen 89%, Vereinsbank 122, Laurabüte 82½, Commerzbank 108%, Norddeutsche 145%, Intern. St. —, Köln-M. 188%,

\* Wien, 29. Juli. Schlußurteil: Papierrente 86,60, Silberrente 68, —, 1860er Rose 126,50, Nordwestb. 127, —, Bankact. 827, —, Creditact. 270,50, Anglo-Aust.-Bank 125,50, London 116, —, Silberagio 100, —, Ducaten 5,48, Napoleonshör 9,22, Galiz. 237,75, Staatsbank 280,80, Lomb. 90, —, Goldrente 78,50, Deutsche Reichsbank 56,82.

\* Wien, 29. Juli, 8 Uhr nachm. 3 Proc. amortifiz. Rente 84,32½, 3 Proc. Rente 82,30, 1872er Anleihe 117,27%, Ital. 3 Proc. Rente 79,85, Ost. Goldr. 69%, Ing. Goldr. 81%, 1877er Russen 91%, Franz. 608,75, Lomb. 198,75, do. Prior. 263, —, 1866er Türk. 11,75, 1866er —.

\* London, 29. Juli. Consols 97½, Ital. 3 Proc. Rente 79½, Lomb. 77, 3 Proc. 1871er Russen 87%, do. 1872er 87%, 1878er 87%, Silber —, 1865er Türk. Anleihe 11½, 1869er do. —, 3 Proc. Amerif. 105%, Ost. Silberrente 58%, Papierrente 58%.

\* Petersburg, 29. Juli. Wechsel London 3 Mr. 25, do. Hamburg 213, do. Amsterdam 125%, do. Paris 263%, Russ. Primitivian 1864 (gef.) 233%, do. 1866-233%, do. Ank. 1878 —, 4, Imperial 8,00, Gr. Russ. Eisenbahnen 252, Primitivis 6%, Proc.

Leipziger Produktenbörsé vom 30. Juli. Witterung: Heiß. Spiritus loco 56 G.; unverändert.

\* Leipzig, 30. Juli. An der berühmten Börse war der Verkehr ebenfalls, wie an den vorangegangenen Tagen, ein geringfügiger und verrückt die Haltung im großen und ganzen zwar wenig Kauflust, aber doch eine entschieden feste Tendenz. Das Interessirte lenkt sich wieder auf eine kleine Anzahl von Papieren, deren Kurze fast durchweg Steigerungen erfuhrn. Insbesondere zeigte sich für deutsche Eisenbahnen bemerkenswerthe Beliebtheit, es war auch der Verkehr in einigen solchen Effecten ziemlich belangreich und würde derselbe noch grössere Dimensionen angenommen haben, wenn der Nachfrage das erforderliche Material durchweg zur Verfügung gestanden hätte. Die Berichte von Berlin lassen den Eintritt einer leichten Besserung wahrnehmen.

In den Staatspapieren etablierte sich ziemlich umfangreicher Verkehr, namentlich lamen Reichsanleihe, Sächsische Renten und 4 Proc. Anleihe in Betracht.

Bon von den ausländischen Staatspapieren begegneten Orient-anleihe guter Frage.

Böhmen sehr selig und fast durchweg steigend; zu erwähnen sind vorzugsweise Thüringer, Anhalter, Breslauer-Schweidnitzer, Buschieder A, Köln-Windeler, Mainzer, Rheinische und Rumäniener.

Stammprioritäten ruhig; Cottbus-Großenhain beliebt, Sachswirter waren am Markt.

Banffactien ziemlich belebt, namentlich Leipziger Credit, Deutsche Bank, Darmstädter, Dresdner Bank und Leipziger Bank.

Industrieactien ruhig; Großwitz abermals erheblich höher; Jürgens fest.

Prioritäten ziemlich belebt.

### Neueste telegraphische Depeschen.

\* Berlin, 30. Juli. Auf dem Artillerieschiff Renown in Wilhelmshaven ist ein 24-Centimeter-geschütz gesprungen, wodurch 3 von der Bedienung getötet, 3 schwer und 11 leicht verwundet wurden.

\* Wien, 30. Juli. Gegenüber einer Mittheilung der gestrigen Neuen Freien Presse constatiren «Presse» und Fremdenblatt auf Grund ähnlicher zuverlässiger Informationen, daß nicht ein österreichischer Soldat die Grenze von Novibazar überschritten, auch nicht als Bedeutung für die Enquêtecommission, welche noch in Serajewo weilt.

\* Versailles, 29. Juli. Die Deputirtenkammer hat heute den Antrag auf Niebelung der Ruinen der Tuilerien angenommen.

Lei

AMSTERDAM pr.

Brüssel und Ant.

London pr. 1 L.

Paris pr. 100 pr.

Petersburg pr.

Warschau pr. 1

Wien pr. 100 pr.

Prag pr. 100 pr.

Deutsch

Deptach B-An.

do. do.

do. do.

E. S. Bentzsch. do.

do. do.

E. S. B. Anl. v.

do. do.

do. do.

E. S. B. Anl. v.

do. do.

## Leipziger Börse.

30. Juli.

## Wechsel.

			Biv. 78	Eins-Term.				Eins-Term.
Amsterdam pr. 100 Cr. 2.	{ k. S. p. 2 T.	169,75 G	Berl.-Potsdam-Magdeb. A100 p. 4	31/2	94,50 G	Amerik. 6% Anl. pr. 1881	1000, 500, 6	1/1, 1/7
Brisel und Antwerpen pr. 100 Fos.	{ k. S. p. 2 T.	169,50 G	Berlin-Stettin v. 300 u. 100 p. 4	3,45	108,50 B	do. do. - 1285 100, 50 u. 6	do.	103,80 G
London pr. 1 L. Stark.	{ k. S. p. 2 T.	169,45 G	Böhmisches Nordbahn A1500, 5,4	0	25,15 G	do. do. - 1285 100, 50 u. 6	do.	98,25 G
Paris pr. 100 Francs	{ k. S. p. 2 T.	169,45 G	Bresl.-Schweidn.-Freib. A100 p. 4	31/2	79 G	do. 5% Anl. Fund.	25 Doll. G. 3	101,70 G
Petersburg p. 100 Rub. Rubel	{ k. S. p. 2 T.	169,50 G	Braunschweid. Lit.A. & 525G. P. 4	2,85	54 Bz & G			
Warschau p. 100 Rub. Rubel	{ k. S. p. 2 T.	176,10 G	do. Lit.H. & 200G. P. 4	2,85	17,40 B			
Wien pr. 100 fl. in Oester. Währ.	{ k. S. p. 2 T.	174,35 G	Oberschl. Lit. A. C.D.H. A100 p. 4	31/2	142,50 B			
Deutsche Fonds.	% Zins-Term.		Cottbus-Großensehain & 100 p. 4	31/2	47 B			
Danzig R.-Anl. 1877 v. 1000-2000 M. 4	1/4 1/10	99,50 G	Saliz. Carl-Ludwig & 200G. P. 5	3,214	104,90 B	e. D.		
do. do. do. v. 1000 M. 4	do.	99,55 G	Grau-Königlicher Em. I. do. 4	0	1/1			
do. do. do. v. 2000-3000 M. 4	do.	99,55 G	Halle-Morau-Guben & 100 p. 4	0	1/1			
do. do. do. v. 1000 M. 4	do.	99,55 G	Köln-Minden & 200 p. 4	4	124,50 G			
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G	Magdeburg-Halberst. & 100 p. 4	31/2	125,50 G			
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G	Mainz-Ludwigsb. & 250 p. 4	4	137,25 G			
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G	Oberschl. Lit. A. C.D.H. A100 p. 4	31/2	161 G			
do. do. do. v. 1000 M. 4	do.	99,55 G	do. do. - B. & 100 p. 4	31/2	do. -			
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G	Oest.-Franz.-Staatsb. & 500 fl. 4	0	1/1			
do. do. do. v. 1000 M. 4	do.	99,55 G	Prag-Turnau v. 200 fl. 4	0	1/1			
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G	Rechte Oder-Ufer & 200 p. 4	7	128,00 Bz & G			
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G	Rheinische & 250 p. 4	7	137,25 G			
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G	do. do. - B. & 250 p. 4	4	1/4, 1/10			
do. do. do. v. 1000 M. 4	do.	99,55 G	Rumänische & 100 p. 4	3	34 Bz			
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G	do. do. - C. (Gera-Eich.)	4	1/1			
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G	Weimar-Gera & 100 p. 4	4	103,50 G			
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G	(4% o. gar. bis 1886) 41/2	4	do. 40,75 B			
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G	do. do. - 24,75 G	21/2	do. 8 G			
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G	froz. de.	do.				
do. do. do. v. 1000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 500 M. 4	do.	99,55 G						
do. do. do. v. 2000 M. 4	do.	99,55 G					</td	

